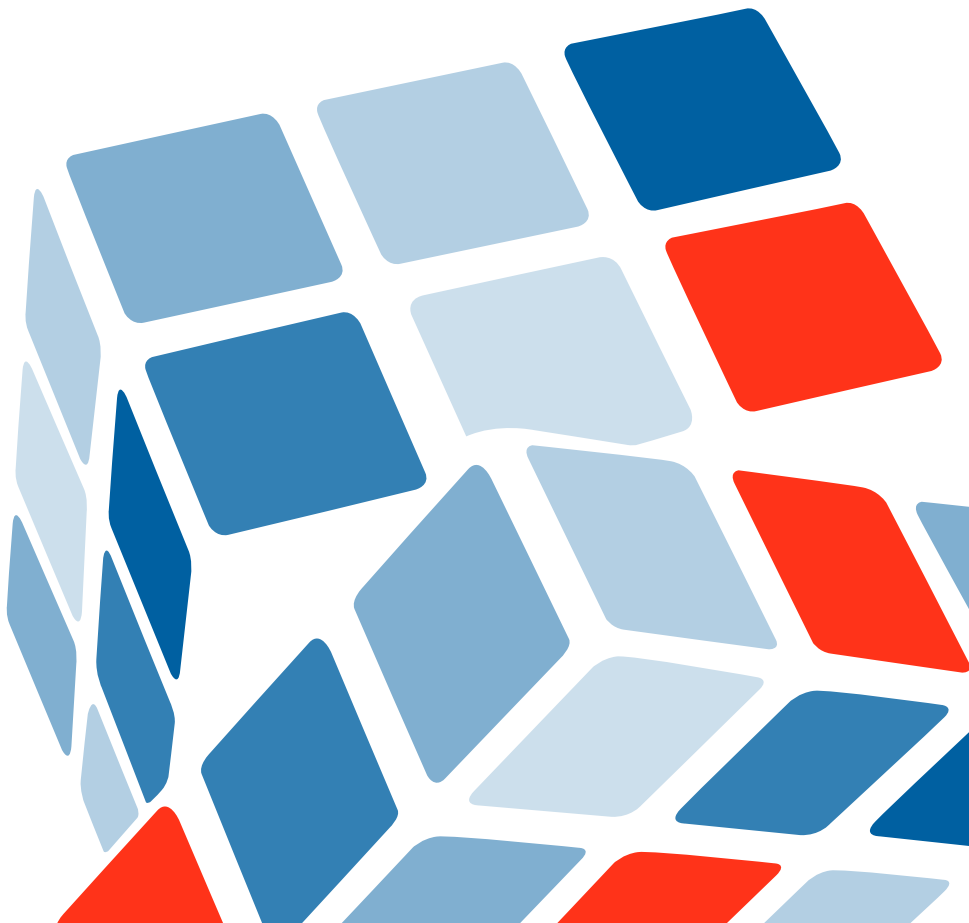


PARTEIEN UND DEMOKRATIE

LINKE STRATEGIEN IN DER EUROKRISE

EINE KOMMENTIERTE ÜBERSICHT

MARIO CANDEIAS



LINKE STRATEGIEN IN DER EUROKRISE

**EINSCHLIESSLICH EINER KOMMENTIERTEN SYNOPSE DER
EUROPAPOLITISCHEN POSITIONEN DER PARTEI DIE LINKE**

MARIO CANDEIAS

unter Mitwirkung von Cornelia Hildebrandt, Etienne Schneider, Thomas Sablowski,
Horst Kahrs, Judith Dellheim, Erhard Crome und Sabine Reiner

INHALT

1 Autoritärer Neoliberalismus und Postdemokratie in der Europäischen Union	5
1.1 Surfen auf der Krise: die Exportökonomie der Bundesrepublik	6
1.2 Perspektive für die Krisenländer?	9
1.3 Sonderwirtschaftszone Südeuropa?	12
2 Europa.links? (Divergierende) Positionen der Partei DIE LINKE – eine Synopse	15
2.1 Kurzfristige Krisenintervention	15
2.2 Finanzmarktregulierung und öffentliches Bankensystem	17
2.3 Europäische Ausgleichsunion	21
2.4 Marshallplan, europäische Industriepolitik und sozial-ökologischer Umbau	22
2.5 Gerechte Steuern: Reichtum ist teilbar	24
2.6 Sozialkorridore und Mindeststandards	25
2.7 Exit – Ausgewählte Positionen jenseits der Partei	26
3 Die Neugründung Europas	29
3.1 Zwischen Pro-Europa und Euroskepsis	29
3.2 Die Verdichtung gesellschaftlicher Mobilisierung	31
3.3 Strategische Unterbrechung	34
3.4 Mehrheiten gewinnen im Herzen der Bestie?	35
Literatur	38

1 AUTORITÄRER NEOLIBERALISMUS UND POSTDEMOKRATIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Es bestätigt sich, dass die (wahrscheinlich) «letzte Konjunktur» des Neoliberalismus (Candeias 2004 u. 2009) seine autoritäre Wendung ist. Er begegnet der Krise (wie in vorangegangenen großen Krisen) mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen (Candeias 2008; IfG 2011). Die Krise wird genutzt, um neoliberale Prinzipien über Kürzungspolitiken und sogenannte Schuldenbremsen zu verschärfen und europaweit institutionell mit Verfassungsrang festzuschreiben. Das zielt auf die Wiederherstellung des «Vertrauens» der Finanzmärkte und auf die Disziplinierung der Politik. Wenn nötig, werden gewählte Regierungen zum Rücktritt gezwungen und durch vermeintlich neutrale Technokraten ersetzt, wie 2011 in Griechenland oder Italien. Hier wird Macht umverteilt: Die Konstruktion supranationaler Sachzwänge wird als Begründung für eine Politik des Abbaus von Sozial- und Arbeitsrechten, der Privatisierung sowie der Enteignung von Schuldnern genutzt. Sie dienen der Delegitimierung der Ansprüche jener, die nicht in erster Linie «stabilitätsorientierte» Interessen verfolgen: Beschäftigte, Gewerkschaften, Arbeitslose und sozial Benachteiligte. «Die Neuausrichtung der EU wird damit noch stärker als zuvor zu einem entscheidenden Kampfplatz für gesellschaftliche Entwicklungen, auch in der Bundesrepublik» (IfG 2011: 6).

Marx beschreibt eine postdemokratische Situation wie folgt: Die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende «vollendete» politische Form ist die Demokratie. Die Bourgeoisie lehrt jedoch «der Instinkt», dass die Demokratie «zugleich deren gesellschaftliche Grundlage unter-

wühlt» und sie daher – insbesondere in Krisenzeiten – «sich nach den unvollständigen, unterentwickelteren und eben darum gefahrloseren Form derselben» [Demokratie] zurücksehnt (Marx, MEW 8: 140). Für den neoliberalen Vordenker Friedrich August von Hayek (1980: 156) oder Ordoliberalen wie Wilhelm Röpke (1958: 107) sind daher Demokratie und Diktatur keine unvereinbaren Gegensätze, nur unterschiedliche Formen der Machtgewinnung.

Die technokratisch-politische «Lösung» führt keineswegs zu einer Überwindung der (organischen) Krise, sie dient vielmehr der ungleichen Verteilung ihrer Folgen und der Sicherung von Herrschaftsinteressen in Zeiten, in denen der neoliberale Block an der Macht längst seine Fähigkeit zur Führung und Organisation eines aktiven Konsenses verloren hat. Ein Anzeichen hierfür waren zunehmende politische Instabilitäten vor allem in einigen Ländern der Eurozone. Zwischen 2009 und 2012 fanden in zwölf Ländern der Europäischen Union, darunter neun Länder der Eurozone, vorgezogene Wahlen oder Regierungsumbildungen statt. Die Ursachen hierfür sind in allen Fällen (außer in Belgien) Auseinandersetzungen um das Ausmaß radikaler Sozialkürzungen und Reprivatisierungen infolge verordneter Kürzungsmaßnahmen unter dem Diktat der Troika, bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds. Aber auch die im Amt befindlichen Regierungen, zum Beispiel in Griechenland, Portugal, Spanien oder Slowenien, sind nicht stabil. Die bulgarische Regierung ist Ende Februar 2013 zurückgetreten. Äußerst schwierig gestaltet sich die Re-

gierungsbildung derzeit in Italien. Ob Sozialdemokraten oder Konservative – die autoritäre «Austeritätspolitik» wird unabhängig von Massenprotesten gegen die Bevölkerung durchgesetzt. Die Parteien verlieren selbst in den eigenen Reihen ihre Legitimationsbasis. 1,5 Millionen Portugiesinnen und Portugiesen (15 Prozent der Bevölkerung) folgten am ersten Märzwochenende 2013 dem Aufruf der «Empörten-Bewegung» und forderten – ähnlich wie die Demonstrantinnen und Demonstranten in Spanien – den Rücktritt der Regierung und das Ende der zerstörerischen Kürzungspolitik. Der Preis für die Troika-Kredite, 78 Milliarden Euro für Portugal, 65 Milliarden für Spanien und 31,5 Milliarden Euro für Griechenland (die nächste Kreditrate), sind strikte Kürzungsmaßnahmen, die noch die letzten Reste europäischer Sozialstaatlichkeit hinwegfegen werden. In Bulgarien, wo diese nur äußerst rudimentär vorhanden ist, kann die drastische Anhebung der Strompreise und anderer Lebenshaltungskosten durch keine sozialen Transfers aufgefangen werden. Folgerichtig gingen die Menschen dort Tag für Tag auf die Straße und klagten ihr Recht auf eine warme Wohnung ein. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Protestierenden, die den Ministerpräsidenten Bojko Borissow Ende Februar 2013 schließlich zum Rücktritt veranlassten. Wie lange sich die Regierung Griechenlands unter dem Druck der anhaltenden Proteste und Generalstreiks noch halten kann, ist ebenso offen wie die Situation in Slowenien oder Spanien, wo Regierungspolitiker in Korruptionsaffären verstrickt sind und weiter ungehemmt gekürzt wird. Und dort, wo die politische Linke bedeutungslos geworden ist, wo soziale Bewegungen schwach sind oder keine

politischen Partner mehr haben beziehungsweise diese (einschließlich der Linken) als Teil des etablierten Systems unfähig sind, gesellschaftliche Alternativen aufzuzeigen, entwickeln sich Anti-Parteien: in Italien die Cinque Stelle (die Fünf-Sterne-Bewegung) von Beppe Grillo oder in Polen die Palikot-Partei. Problematischer noch: Es gewinnen rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien an Stärke, in Griechenland oder Italien und vor allem in Ungarn, dem ersten EU-Land, in dem das Parlament einem Verfassungsgericht das Recht auf die Prüfung von Gesetzen hinsichtlich ihrer Verfassungskonformität entzogen hat. Damit wird die Verteidigung der Demokratie zu einer europäischen Aufgabe, wobei es angesichts der weitverbreiteten Wahrnehmung mangelnder Partizipationsmöglichkeiten darauf ankäme, die Kämpfe sozialer Bewegungen und linker Parteien zusammenzuführen.

Auch in den Kernländern der Europäischen Union wird die Zahl der Proteste zunehmen, insbesondere wenn es tatsächlich zu einer Umsetzung der in den «Memoranda of Understanding» festgelegten Vereinbarungen zur Deregulierung nationaler Arbeitsmärkte und weiteren Privatisierungsmaßnahmen käme, die von Irland, Griechenland und Portugal unterschrieben werden mussten, um Gelder aus dem europäischen Rettungsschirm zu erhalten. Schon jetzt wird in Frankreich gegen die Regierungspolitik der Sozialisten demonstriert, die auf der Grundlage des Gallois-Berichts¹ und in Anlehnung

¹ In einem Gutachten für die französische Regierung schlägt Ex-EADS-Chef Louis Gallois 22 Maßnahmen vor, die einen – wie er es nennt – «Wettbewerbsschock» auslösen sollen, um insbesondere die Industrie und die Arbeitsmärkte wieder konkurrenzfähig zu machen. Im Kern geht es darum, die Lohnnebenkosten um 30 Milliarden Euro zu senken (vgl. auch Dellheim/Wolf 2013).

an die deutsche Agenda 2010 einen Abbau von Arbeitsrechten und sozialen Absicherungen vorantreiben.

In Südeuropa, wo auf Konsensproduktion mittlerweile verzichtet wird, tritt der Zwang offen zutage. Die herrschenden Klassen sind uneinig angesichts der Unwägbarkeiten der Krise und hinsichtlich der Maßnahmen, die benötigt werden, um diese zu beenden: Die Regulierung der Finanzmärkte stockt, der Schuldenabbau misslingt, die finanzielle Überakkumulation wächst (wenn auch etwas langsamer als vor 2008). Aber sie sind imstande, sich mit Blick auf die autoritäre Sicherung und Ausübung der Staatsmacht zu einigen, sich strategisch «auf den Staat als finalen Garanten ihres Überlebens zu fokussieren» (Porcaro 2013: 135). Es wird «auf Sicht gefahren», inkrementelle Politik wird zum Akt der Vernunft in unübersichtlichen Zeiten erhoben. Die Krise zwingt immer wieder zu Anpassungen, Prinzipien müssen über Bord geworfen werden: Ob nun Schuldenschnitte, Rettungsfonds, zusätzliche Hilfspakete, Lockerung der Zahlungsbedingungen, Ankauf von Staatsschulden durch die Europäische Zentralbank (EZB) oder europäische Bankenkontrolle, in fast jedem Fall musste zumindest die deutsche Regierung ihre Position revidieren; häufig zu spät, womit sie die Krise zusätzlich schürte.

«Für ein eigenes hegemoniales Projekt ist der Autoritarismus sicher unzureichend, da Attraktivität und ökonomisches Potenzial begrenzt bleiben» (Candeias 2009: 16). Ergebnis ist, dass «verhindert wird, dass die Elemente der Lösung sich mit der nötigen Geschwindigkeit entwickeln; wer herrscht, kann die Krise nicht lösen, hat aber die Macht [zu verhindern], dass andere sie lösen,

d.h. hat nur die Macht, die Krise selbst zu verlängern» (Gramsci 1991–2002: Heft 14, §58). Tatsächlich werden auch systemimmanente Krisenlösungen blockiert: ohne massive Kapitalvernichtung oder Erschließung neuer Akkumulationsfelder keine Bearbeitung der finanziellen Überakkumulation. Der in dieser Hinsicht vielversprechende «Grüne Kapitalismus» (oder *green economy*) wird durch die Beharrungskraft «fossilistischer Kapitalgruppen» und die Beschränkungen der Austeritätspolitik in seiner Dynamik behindert. Seine Potenziale lassen sich unter dem autoritären Neoliberalismus nicht realisieren (links-keynesianische Bearbeitungsformen haben zurzeit noch weniger Durchsetzungschancen). Antonio Gramsci unterscheidet zwei Formen des Autoritarismus (bzw. Cäsarismus): eine Form, die nur eine quantitative Entwicklung des bestehenden gesellschaftlichen Typus erlaubt (die Politik Napoleons III.), und Formen (bezogen auf Cäsar und Napoleon Bonaparte), die tatsächlich auch zu qualitativen Neuerungen führen (vgl. ebd.: Heft 1, 194 f.). Der neolibérale Autoritarismus ist zum Letzteren, dem Cäsarismus, nicht in der Lage.

1.1 SURFEN AUF DER KRISE: DIE EXPORTÖKONOMIE DER BUNDESREPUBLIK

«Wir sind gut durch die Krise gekommen», wird von der deutschen Regierung und den hiesigen Medien immer wieder verkündet. Dabei fällt die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik und die in anderen EU-Ländern immer mehr auseinander: Während die europäische Peripherie in Schuldenkrise und Depression versinkt, waren Krisenkorporatismus und Krisenmanagement in Deutschland

vergleichsweise erfolgreich: Die magischen Worte lauten Bankenrettung, Kurzarbeitergeld und Abwrackprämie – also genau das Gegenteil von der Kürzungspolitik, die man anderen Ländern verordnet hat. Die Konjunkturprogramme halfen, die enormen Investitionsrückstände bei Schulen und anderen Infrastruktureinrichtungen hier und dort aufzuholen. Einschnitte in soziale Leistungen und bei öffentlichen Diensten fielen vergleichsweise moderat aus, da es bereits vor der Krise zur Kürzung staatlicher Lohnersatzleistungen (vom Arbeitslosengeld bis hin zur Rente), zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und zur Austrocknung und Verscherbelung des Öffentlichen gekommen war.

Nach Fukushima hat die Regierung Merkel in rasender Geschwindigkeit ihre Position gewechselt und das Ende der Atomkraft und den Beginn einer Energiewende ausgerufen. Auf dem letzten CDU-Parteitag hat sie die zentralen Punkte für die Zukunft benannt: Konsolidierung der Haushalte und ökologische Modernisierung (klingt wie ein zukünftiges Programm für Schwarz-Grün). Und nun wollen Angela Merkel und Ursula von der Leyen eine Art Mindestlohn einführen, Altersarmut bekämpfen, insgesamt die sozialen Bedürfnisse betonen, um weitergehenden Ansprüchen wie der Forderung nach einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in angemessener Höhe den Wind aus den Segeln zu nehmen. All das sind nicht ganz erfolgreiche Versuche, die Krise zu managen, möglichen Protesten die Spitze zu nehmen und die Gewerkschaften einzubinden. Auch Sozialdemokraten und GRÜNE betonen mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen wieder das Soziale. So wird das Feld für DIE LINKE eng.

Von der Bundesregierung bis hin zur IG Metall sehen sich viele durch den Erfolg des «Modells Deutschland» bestätigt. In Zukunft werden wir in nachindustriellen Gesellschaften leben, hieß es lange. Die USA und Großbritannien galten als Vorbild mit ihrer Ausrichtung auf gut bezahlte Finanzdienste und billig entlohnte personennahe Dienstleistungen. Inzwischen ist klar geworden, dass der starke Anteil der Industrie in der Bundesrepublik Beschäftigung gesichert hat (allerdings ist dies zwischen Dienstleistungs- und Industriegewerkschaften durchaus umstritten, da auch skandinavische Länder mit hohem Dienstleistungsanteil und kleinem Industriesektor gut durch die Krise kommen). Beschäftigung und relativ hohe Löhne in den industriellen Kernen gibt es allerdings oft nur zum Preis hoher Arbeitsverdichtung, Überlastung und zunehmendem Zeitmangel. Zugleich bleibt vielen Menschen außerhalb der Kernbelegschaften sowie in anderen Branchen ein zu geringes Einkommen, genauso wie den Erwerbslosen. Die Reallöhne stagnieren seit über einem Jahrzehnt, im Niedriglohnbereich mussten seit der Agenda 2010 Lohnverluste von über 20 Prozent hingenommen werden. Viele Menschen und Haushalte können damit kaum mehr ihre grundlegenden Bedürfnisse abdecken. Daher bleibt die Binnennachfrage auch in wirtschaftlich guten Zeiten schwach. Staatliche Investitionen können das nicht ausgleichen, da öffentliche Dienste und Infrastrukturen über Jahrzehnte ausgedünnt wurden. Zudem stößt die Fortführung des alten industriellen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells an ihre ökologischen Grenzen. Dethematisiert wird von Regierung und Medien die Rolle der Lohnpolitik in Deutschland, der Handelsbilanzüber-

schüsse sowie der Kreditpolitik deutscher Banken bei der Verursachung der Eurokrise. Lieber wird auf die vermeintlich verlotterten Griechen geschimpft. Dabei wird mit dem Schreckgespenst der Eurokrise gearbeitet: Dass es den Menschen in anderen Ländern schlechter geht, zeige, dass Abstriche bei Löhnen und Gehältern, beim Lebensstandard und bei der sozialen Sicherheit – also die Politik der Agenda 2010 – richtig und notwendig gewesen seien.

Prognose bestätigt: Selbstverständlich kann Deutschland sich der Krise nicht entziehen. Die einseitige Abhängigkeit vom Export, kombiniert mit der überall in Europa verordneten Kürzungspolitik, gefährdet die Existenz der Industrie. Kaum ein anderes Land ist so abhängig von Exporten wie die Bundesrepublik (sie machen fast 50 Prozent des BIP aus). Wie erwartet, stürzte Südeuropa in eine Depression und der Rest Europas 2012 in eine Rezession (Candeias 2010b: 61). Trotzdem bestätigt sich unsere Prognose, dass die deutsche Wirtschaft im Großen und Ganzen wie bisher weitermachen kann. Die globale Nachfrage erlitt trotz Rückgang keinen dramatischen Einbruch. «In diesem Fall könnten deutsche Exporterfolge auf kleinerer Flamme weiterhin das Wachstum in Deutschland gewährleisten, ohne dass ein Wechsel des Modells notwendig würde, allenfalls werden – getrieben von Akzeptanzverlusten und Ereignissen wie Fukushima – kleine und graduelle Änderungen in Richtung Energiewende und ökologische Modernisierung unternommen. Auch bei insgesamt schwacher globaler Dynamik könnten selbst eine abgeschwächte Nachfrage aus den neuen kapitalistischen Zentren wie China, Indien und Brasilien und eine nur halb-

herzige ökologische Modernisierung ausreichend sein, um die Vorteile des deutschen Exportmodells auf Kosten anderer vorläufig zu bewahren. Gerade die Schwäche der Eurozone kann zu einer relativen Unterbewertung des Euro führen und so die deutsche Position gegenüber Konkurrenten wie Japan verbessern» (IfG 2011: 8).

Die Exportindustrie in Deutschland hinterlässt deutliche Bremsspuren, sie wächst langsamer, doch sie wächst und erzielt Rekordüberschüsse, im Jahr 2012 ganze 188 Milliarden Euro (die tageszeitung, 9.2.2013). Zwar wird immer noch überwiegend in die Euroländer exportiert (2012 im Wert von 411,9 Milliarden Euro), der Warenwert (minus 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und der Anteil der Euroländer am Gesamtexport der deutschen Ökonomie (noch etwas über 37 Prozent) sinken jedoch: «Damit setzt sich ein längerer Trend fort» (IfG 2011: 8; vgl. auch Candeias 2010a). Das Exportwachstum wird schon seit Jahren von anderen Wachstumsmärkten getrieben, neben China (plus 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und den anderen (teilweise überschätzten) BRICS-Staaten² versprechen Schwellenländer wie die Türkei, Indonesien, Vietnam oder Mexiko bessere Bedingungen und höhere Wachstumsraten – Potenziale, die die südeuropäischen Ökonomien auf Jahre hinaus nicht erkennen lassen. Der große Vorteil der neuen kapitalistischen Zentren und semiperipheren Aufsteiger: Sie verfügen über eine wettbewerbsfähige Produktionsstruktur, anders als Griechenland oder Portugal, Spanien und Italien, deren industrieller Sektor in den vergangenen Jahrzehnten erheblich geschrumpft ist.

² Zu den BRICS-Staaten zählen neben China noch Brasilien, Russland, Indien und Südafrika.

Das heißt auch, Erhard Crome zufolge: «Die EU-Einbindung ist für die Bundesregierung dabei nicht mehr ein Wert an sich, sondern die Voraussetzung für eine internationale Geltung Deutschlands, die sich auf die starke Position im Welthandel stützt, oder, mit anderen Worten, die Dominanz Deutschlands in der EU ist die Grundlage für die Expansion im globalen Handel» (zit. n. IFG 2011: 6). Die Regierung verfolgt in erster Linie das Interesse einer wirtschaftlichen und politischen Dominanz Deutschlands ohne Hegemonialanspruch. Dabei werden Partikularinteressen ideologisch verkehrt und zum allgemeinen Prinzip erhoben: «Es geht den deutschen Eliten nicht um deutsche Vorherrschaft, sondern um die Vorherrschaft bestimmter Prinzipien» (Brangsch 2013). Ergebnis ist eine *Herrschaft ohne Führung in Europa* – auf Basis des kleinsten gemeinsamen neoliberalen Nenners: Kürzungspolitik, plus unvermeidbare Maßnahmen zur Finanz- und Bankenstabilisierung. Auf dieser Basis soll die europäische Integration vertieft werden. Über die Finalität der Europäischen Union besteht allerdings keinerlei Einigkeit (vgl. die jüngste Cameron-Rede; Dellheim u. a. 2013). Auch wenn ein Zerfall der Union unwahrscheinlich ist, liegen sowohl ein Zusammenbruch der Währungsunion als auch ein Zurück zum Modell «Freihandelszone-Plus» im Bereich des Möglichen. Linke sollten bei ihren Strategien alle möglichen Szenarien berücksichtigen.

1.2 PERSPEKTIVE FÜR DIE KRISENLÄNDER?

Welche Rolle, welche Perspektiven sind in diesem autoritär-neoliberalen und postdemokratischen Europa für die süd-

lichen (und östlichen) Krisenländer sowie möglicherweise auch für Irland vorgesehen?

Die linke Kritik an der Struktur der Währungsunion Ende der 1990er Jahre, wie sie schließlich im Vertrag von Maastricht und im Stabilitätspakt festgeschrieben wurde, war zutreffend. Die monetaristische Form berücksichtigte nur den Schuldenstand, die Neuverschuldung und die Inflation, nicht jedoch die Leistungsbilanzen, die Produktivitätsentwicklung sowie die Sozialleistungs- und Lohnniveaus. Im Ergebnis konnten die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und Regionen im europäischen Währungsraum bei der Produktivität nicht mehr durch Wechselkursanpassungen ausgeglichen werden. Zugleich fehlte es an sozialen Mindeststandards, einer Angleichung der Leistungsbilanzen und einer Art Länderfinanzausgleich (über die Regional- und Konversionsfonds hinaus). Als möglicher Ausgleichsmechanismus bleibt nur die Lohn- und Tarifpolitik (Busch 1996: 61; Altvater/Mahnkopf 1993: 93) sowie die weitere Absenkung der sozialstaatlichen Absicherung in Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten. Der europaweiten Angleichung des Preisniveaus steht eine weitere Lohndifferenzierung gegenüber.

Vonseiten der Sozialdemokratie wurde die Bedeutung der Regional-, Struktur- und Konversionsfonds der Europäischen Union hochgehalten, um die Angleichung der Lebensbedingungen zu fördern. Die Einbindung in den europäischen Binnenmarkt und die Währungsunion führten jedoch zur Differenzierung, was durchaus gewollt war: Die massiven Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen in europäische Netze (Transport, Energie etc.) dienten der Erschließung der Märkte in der

europäischen Peripherie. Europäisierung hieß zugleich Globalisierung und Wegfall von nationalen Handels- und Kapitalverkehrsbeschränkungen zum Schutz der eigenen Produktion. Die bestehenden Industriestrukturen in den Peripherien konnten trotz des geringen Lohnniveaus gegen die hochproduktive Konkurrenz nicht bestehen – es setzte eine massive Deindustrialisierung ein und traditionelle Branchen brachen weg, was durch Investitionen von transnationalen Konzernen (zum Beispiel Volkswagen) keineswegs kompensiert wurde. Teilweise wurden (ähnlich wie in Ostdeutschland) Betriebe trotz bestehender Profitabilität von finanzstarken Konkurrenten aufgekauft und nach und nach geschlossen, um Überkapazitäten abzubauen, eigene Standorte zu sichern oder noch produktivere zu eröffnen (etwa in Osteuropa). Nicht zuletzt der stetige Druck davoneilender Produktivitäten bei drastischer «Lohnzurückhaltung» in den Exportindustrien in Deutschland hat die südeuropäischen Industrien zu Tode konkurriert.³ Als alternativer Billigstandort wiederum war Südeuropa nicht billig genug im Vergleich zu Osteuropa, vor allem aber im Vergleich mit asiatischen Ländern. Dagegen gelang es der Landwirtschaft in Südeuropa, ihre Position zu halten, indem sie zu einer «effizienten» Agroindustrie umgebaut wurde.⁴ Die Ausbeutung der hier Beschäftigten, vornehmlich schlecht bezahlte Migrantinnen und Migranten, ist enorm, genauso wie die Wasserverschwendung sowie der Verlust von fruchtbaren Böden und Biodiversität. Entsprechend spielt der Export hier jenseits von Agrarprodukten keine große Rolle mehr.⁵ Länder wie Griechenland oder Portugal mussten deswegen massive Handelsbilanzdefizite hinnehmen.

Es bleibt einer Regierung wie zum Beispiel der griechischen nichts anderes übrig, als Wachstum über Staatskonsum (und private Verschuldung) zu fördern, um Arbeitsplatzverluste zu kompensieren, was wiederum zu steigenden Haushaltsdefiziten führt. Andere Länder wie Spanien oder Portugal konnten trotz Handelsdefiziten die Staatsschuld über lange Zeit relativ stabil halten (Spanien sogar abbauen), durch steigende Steuereinnahmen im Zuge des Wirtschaftswachstums. Die massive Arbeitslosigkeit konnte nach und nach gesenkt werden durch den Bedeutungsgewinn der Bau- und Finanzindustrie sowie der (zuvor kaum existenten) staatlichen Dienstleistungen. Der damit verbundene Boom wurde durch einen Mechanismus befördert, den linke Kritiker der Währungsunion nicht vorhergesehen hatten: eine Kredit-schwemme. Das war solange kein Problem, solange bei einem niedrigen Zinsniveau und reichlich Liquidität auf den Märkten Kredite günstig zu haben waren und Staatsanleihen stets ihre Abnehmer fanden (nicht zuletzt bei den deutschen Großbanken). Der immense Kapitalexport vonseiten der Überschussländer garantierte eine stetige Refinanzierung. Die

3 Jannis Milios, Berater von Alexis Tsipras, und Dimitris Sotiropoulos (2010) weisen darauf hin, dass die Leistungsbilanzdefizite der Krisenländer nicht als Ursache, sondern als Folge hoher Kapitalimporte zustande kamen. Sie bestreiten den Konkurrenzdruck deutscher Industrieunternehmen und betrachten die hohen Wachstums- und Investitionsraten in Griechenland vor der Krise als Folge der hohen Profitabilität des Kapitals, im Gegensatz zu der Rede von der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit. Angesichts der Felder ausländischer Investitionen vor allem im Finanz- und Bausektor bezweifeln wir dies jedoch und sehen die Leistungsbilanzdefizite als Ausdruck einer Kombination von Konkurrenz- und Verschuldungsdruck. **4** Dies gilt insbesondere für Spanien. Griechenland hingegen weist selbst im Bereich der Nahrungsmittel Handelsbilanzdefizite auf. **5** Zwischen 1997 und 2007 (dem Jahr vor der Krise) stieg das Handelsbilanzdefizit in Griechenland von 14 auf 38 Milliarden Euro an, in Portugal von 8 auf 15 Milliarden Euro und in Spanien von 12 auf 88 Milliarden Euro (Daten zusammengestellt aus der AMECO-Datenbank).

langjährige kreditfinanzierte Nachfrage von Privathaushalten, Unternehmen und Regierungen der Defizitländer stützte in allererster Linie auch den deutschen Export und damit ein bescheidenes Wachstum in Deutschland. Der Spekulationsboom trieb die Preise: Das Preisniveau in südeuropäischen Metropolen liegt heute deutlich über dem in den meisten deutschen Städten – bei wesentlich niedrigeren Löhnen.

Die Gewerkschaften, auch in anderen Peripherieländern, versuchten die Schere zwischen Preis- und Lohnentwicklung auszugleichen: Die Reallöhne beispielsweise in Polen und Griechenland stiegen zwischen 2000 und 2008 um 40 Prozent, in Großbritannien um 26 Prozent, in Frankreich um 10 Prozent und in Spanien um 4,5 Prozent, während sie in der Bundesrepublik im selben Zeitraum um ein Prozent sanken. Dies hat die Konkurrenzbedingungen in der europäischen Peripherie nicht gerade verbessert. Darüber hinaus versuchten die Haushalte, ihren Konsumstandard zu halten (und teilweise zu erhöhen) und (angesichts kaum entwickelter Mietwohnungsmärkte) Wohneigentum zu erwerben, indem sie sich massiv verschuldeten (was ihnen von Banken in Zeiten von niedrigen Zinsen als unproblematisch verkauft wurde). Diesen Zusammenhang von Preis- und Lohndruck verfehlt der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber, wenn er erklärt, die (spanischen) Metallarbeiter-Gewerkschaften hätten «in erster Linie den Reallohnausgleich als Sinn und Zweck ihrer Tarifpolitik gesehen» und damit «ihren Vorteil verspielt, dass sie nämlich billiger als die deutsche Industrie waren» (zit. n. Bernd Riexinger, in: Junge Welt, 11.1.2013).

Der inflationäre Kreditkreislauf auf Basis der auseinanderlaufenden Leistungs-

bilanzen in Europa hat verhindert, dass sich der Anpassungsdruck innerhalb der Währungsunion schneller direkt auf die Löhne, Tarife und staatlichen Leistungen auswirkte. Erst mit der Krise und dann insbesondere mit den durch die Troika erzwungenen Kürzungsprogrammen stieg die Staatsverschuldung sprunghaft an.⁶ Die Troika setzte gleichzeitig auch die sogenannte innere Abwertung durch, angeblich um die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer wiederherzustellen. Aber was bedeutet «innere Abwertung» in einem ohnehin vergleichsweise armen Land wie Griechenland mit Durchschnittslöhnen um die 700 Euro? Um einigermaßen wettbewerbsfähig zu werden, müssten die Löhne um weitere 20 bis 30 Prozent sinken. Tatsächlich sind die Löhne seit Beginn der drastischen Kürzungspolitik um etwa diesen Wert gefallen, der Mindestlohn wurde um 22,8 Prozent herabgesetzt. Und selbst das hatte in einer tendenziell deflationären Situation in Europa keine Exportsteigerungen zur Folge. Überhaupt: Was soll denn exportiert werden angesichts der Deindustrialisierung und den erheblichen Produktivitätsrückständen?

Das vorläufige Ergebnis ist eine Spirale des Elends: Massenentlassungen bei einer offiziellen Erwerbslosigkeit von 25 Prozent und mehr, Tendenz steigend. 3,5 Millionen Menschen verloren allein in Spanien seit 2008 ihren Job (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.2.2012), bei einer Jugendarbeitslosigkeit von über 60 Prozent und einer Arbeitslosenquote un-

⁶ Zwischen 2000 und 2007 stieg die Staatsschuld in Griechenland um 4 Prozent, zwischen 2008 und 2011 explodierte sie um 58 Prozent. In Portugal erhöhten sich die Staatsschulden bis 2007 um immerhin 20 Prozent, mit Krise und Kürzungsprogrammen jedoch um weitere 40 Prozent. In Spanien fielen die Schulden zwischen 2000 und 2007 sogar um 23 Prozent, von 2007 bis 2011 legten sie jedoch um mehr als 33 Prozent zu (eigene Berechnung auf Grundlage von Eurostat).

ter den 50- bis 60-Jährigen von 80 Prozent. Die im Zuge der Kürzungsprogramme vorgenommene Arbeitsmarktreform in Spanien hat Entlassungen noch einfacher gemacht, woraufhin abermals 850.000 Menschen arbeitslos wurden (ebd.). Hinzu kommen drastische Lohn- und Rentenkürzungen, längere Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst, die Einschränkung von Arbeits-, Streik- und Sozialrechten, ein Zusammenbruch öffentlicher Dienstleistungen, darunter das öffentliche Gesundheitssystem (Griechenland), eine halbe Million Wohnungsräumungen (Spanien) sowie massive Erhöhungen von Gebühren und Steuern (insbesondere der Mehrwertsteuer). Die Belastung ist für viele inzwischen unerträglich: Die Zahl depressiver Erkrankungen explodiert, Selbstmorde sind an der Tagesordnung, Hunderttausende verlassen das Land (in Spanien fast eine Million seit Beginn der Krise), aber auch der Protest wächst.

Und wozu dies alles? Was ist jenseits der Sicherung von (staatlichen) Schuldtiteln das Ziel einer solch brutalen Kürzungspolitik? Eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zuungunsten der Lohnabhängigen und eine Vernichtung der Gewerkschaften? Und dann? Welches Produktionsmodell sollen die Krisenländer in Zukunft verfolgen, welche Arbeitsteilung könnte in einer Eurozone funktionieren?

1.3 SONDERWIRTSCHAFTS-ZONE SÜDEUROPA?

Man kann darüber streiten, «ob es nicht ein notwendiges Übel oder gar ein Segen der Marktwirtschaft ist, dass schwache Unternehmen aus dem Markt ausscheiden, zerschlagen werden, ver-

schwinden. Wie dumm das neoliberale Leitbild einer EU als Staatenkonkurrenz aber ist, wird spätestens bei der Frage klar, wohin denn eigentlich die EU-Mitgliedsländer verschwinden sollen, die im Staatenwettbewerb verlieren. Sollen sie vom «Staaten-Markt» verschwinden? Soll Griechenland nun zerschlagen werden, und die Belegschaft der Griechenland AG – sprich die griechische Bevölkerung – sucht sich eine neue Wirkungsstätte?» (Troost/Hersel 2012: 2). Wohl kaum. Was soll aus Sicht des neoliberalen Blocks an der Macht aus Ökonomien wie Griechenland werden? Wird sich Südeuropa zu einer Art Sonderwirtschaftszone entwickeln?

Der kritische Ökonom William Tabb⁷ spitzt zu: «Nicht Griechenland ist das Problem, sondern Deutschland. Die EU sollte das Land aus dem Euro werfen.» Was hier eine ironische Wendung auf Basis der Analyse realer Ursachen ist, meint der ehemalige Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, ernst: «Es gibt eine Alternative zur «alternativlosen» Euro-Politik: den gemeinsamen Austritt Deutschlands, Hollands, Österreichs und Finnlands» (Handelsblatt, 10.12.2010). Der derzeitige BDI-Präsident Hans-Peter Keitel sieht das anders: Die Krisenländer «werden ihre Probleme vor allem selbst schultern müssen» (Spiegel-Online, 10.9.2012). Aber «als Geschäftsmann würde ich meine desolote Tochter nicht fallen lassen, sondern sanieren. D.h., Griechenland soll eine Art Sonderwirtschaftszone im Euro-Raum werden, ausgestattet mit den notwendigen und zulässigen finanziellen Mitteln, aber auch mit auswärtigem EU-Personal» und ex-

⁷ Beim «North American Left Dialogue» der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 1. Dezember 2012 in Berlin.

ternen «Pfändern». Über Jahre hinweg sollen substantielle Souveränitätsrechte abgegeben werden. «Keine Leistung ohne Gegenleistung, keine Solidarität ohne Kontrolle», fordert Keitel und warnt zugleich, die anderen Länder dürften Deutschland nicht überfordern. Diese die Ursachen verkehrende Position teilt auch die Bundesregierung. Überall in Europa sollten «schwierige Reformen», vergleichbar mit der Agenda 2010, angepackt werden, auch in Ländern wie Frankreich (ebd.).

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung Griechenlands sehen einige der Vertreterinnen und Vertreter dieser Position die NAFTA und die Sonderwirtschaftszonen im Norden Mexikos sowie in den US-amerikanischen Südstaaten als Vorbild, die mit niedrigen Steuersätzen, einem gewerkschaftsfeindlichen Klima und niedrigen Lohn- und Arbeitsstandards eine Reindustrialisierung erlebt haben. Mit der Produktionsverlagerung in diese Regionen ist zugleich eine extreme Schwächung der Gewerkschaften in den alten industriellen Zentren der USA verbunden. Wohl ein stiller Traum des BDI und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Die griechische Regierung nahm im Jahr 2012 tatsächlich Verhandlungen mit der Europäischen Union auf, um in ausgewählten Regionen des Landes Sonderwirtschaftszonen zuzulassen. Die Regierung versicherte, dass damit keine weiteren Lohnsenkungen verbunden seien (der monatliche Mindestlohn wurde bereits von 751 auf 586 Euro herabgesetzt) und Tarifverträge ihre Gültigkeit behalten würden. Angesichts alltäglicher Arbeitskämpfe und Streiks und der mitunter harten Reaktion der Regierung bis hin zur Einschränkung des Streikrechts

und der Kriminalisierung von Gewerkschaftern sind diese Versprechen der Regierung jedoch mehr als fraglich.

Das Wachstumswunder soll sich allein aus niedrigeren Abgaben und weniger Bürokratie für Investoren ergeben. Da dies angesichts der desolaten Lage auch nicht unbedingt zu mehr Auslandsinvestitionen führt, fordert der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz (SPD), auch noch Investitionszulagen für Unternehmen: Das Land soll also auf potenzielle Einnahmen verzichten und zusätzlich Subventionen leisten. Diese Kombination aus Niedrigststeuersätzen und der subventionierten Ansiedlung von Unternehmen, die rasch wieder abwandern, hat sich aber in der Vergangenheit bereits in Ostdeutschland und Osteuropa (und Griechenland vor der Krise) als ineffektiv erwiesen. Obendrein fordert Schulz die Einrichtung einer «Wachstumsagentur». «Der griechische Staat müsse akzeptieren, dass EU-Beamte vor Ort die Reformen umsetzen.»⁸

Offen bleibt immer noch, was eigentlich produziert werden soll, angesichts der allgemein anerkannten mangelnden Wettbewerbsfähigkeit.⁹ Es ist kaum möglich, nur durch Lohnkürzungen und noch niedrigere Steuern sowie mehr Subventionen diese wiederherzustellen. Hier hat Hans-Werner Sinn, Präsident des (neoliberalen) Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, ausnahmsweise recht: «Die griechischen Güter müssten um 30 Prozent billiger werden, um mit der Türkei aufzuschließen» (Spiegel-

⁸ Tagesschau v. 2.9.2012, unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland-rettung100.html. ⁹ Dies ist weniger eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit bei Ländern, die wie Griechenland traditionell einen geringen Außenhandelsanteil haben. Bei solchen Ländern ist die negative Multiplikatorenwirkung von Kürzungspolitikern viel stärker, selbst wenn der (eher bedeutungslose) Außenhandel wieder ein Stück anzieht.

Online, 20.2.2012). Nachdem Griechenland «mit moderner Kapitalvernichtung zunächst auf Schwellenland-Niveau zurückgeworfen» wurde, «scheint sogar ein begrenzter Aufschwung» wieder vorstellbar (Händel/Puskarev 2012b), eine Perspektive jenseits eines Lieferanten von gut ausgebildeten und zugleich billigen Arbeitskräften allerdings nicht. Die Europäische Union hat kein Produktionsmodell für Griechenland anzubieten, keine neue europäische Arbeitsteilung, die tragfähig wäre und nicht wieder zum selben Ergebnis führen würde.¹⁰

Entsprechend wird insbesondere von konservativ-neoliberalen Seiten ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion gefordert: der Grexit. Außer Prominenten wie Hans-Werner Sinn, Hans-Olaf Henkel, Thilo Sarrazin oder Frank Schäffler, dem Sprecher der Euro-skeptiker innerhalb der FDP, wird diese Forderung bislang noch von keiner relevanten Organisation von Unternehmen und auch keiner Regierung offiziell vertreten. Dennoch haben die Befürworter eines «Grexit» in Deutschland medial erheblichen Einfluss und liefern der Bundesregierung starke Gründe für die eigene Position: Griechenland solle im Euro verbleiben und weitere Hilfen erhalten im Austausch für noch härtere Kürzungsmaßnahmen und Eingriffe in seine Souveränität.

Laut einer Studie von Prognos würde der Austritt Griechenlands aus der Währungsunion in den 42 wichtigsten Volkswirtschaften Wachstumseinbußen in Höhe von rund 17,2 Billionen Euro verursachen. Deutschland allein müsste bis 2020 etwa 73 Milliarden Euro an Verlusten verkraften. Dazu kämen Abschreibungen privater und öffentlicher Gläubiger in Höhe von 64 Milliarden Eu-

ro (wenn die Gläubiger auf 60 Prozent ihrer Forderungen verzichten würden und die Drachme um etwa 50 Prozent abgewertet würde). Am schlimmsten träfe es Griechenland selbst: Den Berechnungen zufolge müsste das Land sich auf Wachstumsverluste bis 2020 von über 164 Milliarden Euro einstellen (Handelsblatt, 17.10.2012). Am dramatischsten aber wären die unmittelbaren Folgen: Bei einem Austritt würden «die Kapitalmärkte dann auch Portugal, Spanien und Italien das Vertrauen entziehen» und «dort ebenfalls Staatsbankrotte» hervorrufen, «die Weltwirtschaft würde in eine tiefe Rezession fallen» (ebd.). Billiger wäre es also, Griechenland über eine echte Transferunion mittelfristig mit den nötigen finanziellen Mitteln für einen wirtschaftlichen Neuanfang zu versorgen. Dies ist jedoch nicht vorgesehen. Über geringe zeitliche Zugeständnisse bei den Kürzungsaufgaben sowie die Anwendung immer neuer Maßnahmen zur zeitweiligen Verhinderung eines Zahlungsausfalls und zur Stabilisierung der Banken kommt die Troika kaum hinaus. Damit verbessert sich aber weder etwas an der Einnahmesituation der Mitgliedsstaaten noch an der Struktur der Währungsunion selbst. Die großen Ungleichheiten bleiben bestehen.

¹⁰ Auch im Falle Zyperns wird dies nun besonders deutlich: Selbstverständlich muss der überdimensionierte Finanz- und Bankensektor der Insel massiv verkleinert werden. Doch was dann? Außer Tourismus und der Hoffnung auf mögliche Einnahmen aus der Ausbeutung kürzlich entdeckter Gasvorkommen vor der Küste bleibt nicht viel wirtschaftliches Potenzial. Auch Zypern benötigt ein alternatives Wirtschaftsmodell und eine solidarische Perspektive in der europäischen Arbeitsteilung.

DIE LINKE will erstens durch kurzfristige Krisenintervention finanzielle und soziale Belastungen von den Menschen abwenden – zulasten derjenigen, die die Krise verursacht und mit ihr noch Profite gemacht haben –, zweitens einen alternativen wirtschaftlichen Entwicklungspfad in Europa möglich machen, der krisenfest ist und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt, und hat, drittens, eine langfristig tragfähige Vision für die Zukunft des Projekts der europäischen Einigung (vgl. DIE LINKE 2013: 46). Dieses Kapitel beschränkt sich auf eng mit der Eurokrise verbundene Aspekte. Die vielfältigen Vorschläge und Positionen hierzu sind bislang nirgends zusammengefasst. Dies ist der Versuch, eine kommentierte Übersicht herzustellen.

2.1 KURZFRISTIGE KRISENINTERVENTIONEN

DIE LINKE hat bislang öffentlichkeitswirksam gegen das autoritär-neoliberale Krisenmanagement Stellung bezogen, insbesondere gegen den Fiskalpakt. Letzterer erweitert das bereits bestehende sanktionsbewährte EU-Defizitverfahren,¹¹ indem er die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verschärft und dauerhaft – nach Möglichkeit auf Verfassungsebene – in nationalstaatliches Recht einschreibt. Mit dem Fiskalpakt soll, inspiriert von der gesetzlichen Schuldenbremse in Deutschland und mittels «Erziehung der Partnerländer» zu Haushaltsdisziplin und strikter Wettbewerbsorientierung, der Staatsschuldenkrise in Europa begegnet werden. Darüber hinaus verpflichten sich die Mitglieder der

Eurozone, bei einem Verstoß gegen den von der Europäischen Kommission überwachten Stabilitäts- und Wachstumspakt ein Verfahren gegen den betreffenden Mitgliedsstaat einzuleiten. Die jeweilige Regierung hat dann zehn Tage Zeit, den Nachweis zu erbringen, dass besondere Umstände vorlagen, und darzulegen, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um das strukturelle Defizit zu reduzieren. Andernfalls greifen die Sanktionen. Die Verschärfung der Maastricht-Kriterien wird damit doppelt abgesichert: durch automatisierte Verfahren auf der Ebene der Europäischen Union und durch dauerhafte, nach Möglichkeit verfassungsrechtliche Bestimmungen auf nationalstaatlicher Ebene. Die mit dem Fiskalpakt verbundene einseitige Kürzungspolitik verschärft die Krise und ist ein unmittelbarer Angriff auf Arbeits- und Sozialrechte. Die Hauptlast der Krisenfolgen wird auf die transfer- oder lohnabhängige Bevölkerung abgewälzt, so Bernd Riexinger und Sahra Wagenknecht.¹² DIE LINKE hat lei-

¹¹ Wird in einem Mitgliedsstaat ein Haushaltsdefizit von 3 Prozent überschritten, startet die Europäische Kommission ein «Verfahren wegen übermäßigen Defizits». In einer ersten Stufe müssen die betroffenen Länder einen Plan vorlegen, wie sie das Defizit abzubauen gedenken. Halten sie diesen Plan nicht ein, können Sanktionen verhängt werden: Geldstrafen von 0,2 bis zu 0,5 Prozent des BIP des betroffenen Landes. Der EU-Ministerrat kann von defizitären Staaten verlangen, dass sie eine unverzinsliche Einlage in «angemessener Höhe» in Brüssel hinterlegen, bis das übermäßige Defizit korrigiert ist. Ein Staat kann aufgefordert werden, vor der Ausgabe von Schuldverschreibungen und sonstiger Wertpapiere zusätzliche Angaben zu veröffentlichen. Es kann die Europäische Investitionsbank aufgefordert werden, ihre Darlehenspolitik gegenüber einem Land zu überprüfen. Die Verhängung von Strafen hängt nicht zuletzt von der Macht eines Mitgliedsstaates ab, ein Verfahren abzublocken. Als Disziplinierungsmechanismus wirkt das Verfahren jedoch in jedem Fall, unabhängig von konkreten Sanktionen. ¹² Geäußert auf der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung «Europa kriegt die Krise» beim Fest der Linken am 16. Juni 2012 in Berlin, vgl. www.rosalux.de/event/46273/fest-der-linken-2012.html.

der als einzige Partei im deutschen Bundestag gegen den Fiskalpakt gestimmt (auch die Linken bei den GRÜNEN haben, trotz gegenteiliger Erklärungen im Vorfeld, dafür gestimmt – mit Ausnahme von Hans-Christian Ströbele).

In diesem Zusammenhang positionierte sich DIE LINKE auch gegen die Einrichtung von sogenannten europäischen Rettungsfonds. Zwar war und ist eine unmittelbare Intervention und Stützung von Banken und Regierungen über die neu eingerichtete Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) notwendig. Die Form der «Rettungsmaßnahmen» ist jedoch inakzeptabel: Es besteht eine enorme Schiefelage zwischen den Hunderten von Milliarden Euro für die Bankenrettung sowie die Sicherung des Schuldendienstes bei Sozialisierung der Kosten, während für soziale Sicherungsmaßnahmen keine Mittel zur Verfügung stehen. Im Gegenteil: Steigende Kosten für Bankenrettung und Staatsfinanzierung werden eng mit Kürzungszwängen und einer Einschränkung der Souveränität der betroffenen Regierungen zugunsten der Troika verknüpft. Es geht also nicht um eine generelle Ablehnung kurzfristiger Kriseninterventionen oder von Rettungsfonds, sondern erneut um deren neoliberal-autoritäre Form. Dies gilt auch für die milliarden schweren Käufe von (Staats-)Anleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) und deren billionenschweren Liquiditätsspritzen für Banken. Besonders der Kauf von Staatsanleihen – nicht direkt, sondern auf dem sogenannten Sekundärmarkt – wurde von den deutschen Vertretern in der EZB und der Bundesregierung heftig kritisiert. Axel Troost von der LINKEN dagegen befürwortete das unkonventionel-

le Vorgehen der Zentralbank. Damit sei kurzfristig das weitere Ansteigen der Zinssätze für Staatsanleihen der Krisenländer vermieden und eine drohende Zahlungsunfähigkeit und letztlich eine Kettenreaktion unterbunden worden. Sahra Wagenknecht hingegen kritisierte die erneute «Aushebelung der Parlamente» und die Entwicklung der Zentralbank zur «Müllhalde für toxische Wertpapiere» bei weiterer Sozialisierung der Kosten. Stattdessen fordert sie einen harten Schuldenschnitt und eine Vergesellschaftung von (angeschlagenen) Banken. Sie plädiert also dafür, mehr private Banken bankrott gehen zu lassen, während andere Parteivertreter wie Troost vor unkalkulierbaren Auswirkungen wie bei der Lehman-Pleite warnen.

In der zum Teil polemisch geführten Debatte treten kurzfristige und mittelfristige Perspektiven auseinander. Von allen geteilt wird in der Partei DIE LINKE die Kritik an der einseitigen Verteilung der Krisenkosten. Einigkeit besteht auch in der Perspektive der Vergesellschaftung von Banken beziehungsweise der Schaffung eines Systems öffentlicher Banken (siehe unten). Letzteres ist jedoch unmittelbar kaum durchsetzbar. Insofern können aus unserer Sicht unkonventionelle quasi keynesianische Liquiditätsspritzen der EZB zumindest das Schlimmste verhindern. Auch ein harter Schuldenschnitt, so wie ihn Wagenknecht fordert, könnte Linderung verschaffen (Candeias 2010c). Über die Auswirkungen einer solchen Maßnahme gehen die Meinungen jedoch auseinander. Troost sieht hiervon auch Kleinsparer und Pensionsfonds bedroht. Die Finanzmärkte könnten einen harten Schuldenschnitt als Zahlungsausfall bewerten und eine Kettenreaktion auslösen. Tatsächlich würde ein Ausei-

inanderbrechen der Eurozone unvorhersehbare, in jedem Fall katastrophale Folgen und Massenarmut nach sich ziehen. Ungeklärt ist auch, ob ein Schuldenschnitt nur für Griechenland gelten sollte oder für alle Krisenländer oder sogar darüber hinaus.

Diese Probleme ließen sich allerdings durchaus im Zuge eines öffentlichen Schulden-Audits (siehe unten) lösen (Candeias 2011).¹³ Dabei wäre zum Beispiel zu klären, ob und wie die Forderungen von Kleinsparern und Pensionsfonds und bis zu einer gewissen Höhe auch Lebensversicherungen garantiert werden könnten. Mit Blick auf die Streichung von Schulden fordern Troost und Wagenknecht (2013): «Um den Schaden für die öffentlichen Kassen zu begrenzen, müssen die Banken und Hedgefonds sofort zum Verzicht ihrer verbliebenen Forderungen gegen Griechenland gezwungen werden.» Im Entwurf des Programms der LINKEN zur Bundestagswahl 2013 heißt es, dass «Schulden mindestens soweit gestrichen werden [sollen], wie sie auf die Bankenrettung zurückgehen. Die Einlagen der Kleinsparer und das seriöse Kreditgeschäft der Banken sind dabei öffentlich abzuschöpfen» (DIE LINKE 2013).

Einigkeit besteht auch bei der Einschätzung der billionenschweren Liquiditätsspritzen für Banken, verbunden mit der Hoffnung, diese würden wiederum auf den Primärmärkten direkt Staatsanleihen der Krisenstaaten aufkaufen, was zu einer Senkung der entsprechenden Zinssätze führen würde. Es ist absurd und nicht einzusehen, dass sich Banken billig bei der EZB Geld leihen können, um es anschließend teuer an die Staaten weiterzuverleihen. Statt den Banken damit risikolos Zinseinnahmen – staatlich sub-

ventionierte Extraprofite – zu ermöglichen, wäre es sinnvoller und günstiger, Krisenstaaten direkt über die Zentralbank zu geringen Zinsen zu refinanzieren. Nicht nur ein Teil, sondern die gesamte Liquidität sollte für Staatsanleihen verwendet werden: Die Zinsen für die Krisenstaaten wären niedriger, und die Zinseinnahmen würden an die EZB zurückfließen. Troost und Wagenknecht fordern daher: «Die Staaten brauchen in einem definierten Rahmen denselben Zugang zu billigen Krediten bei der EZB [...] und solidarische Gemeinschaftsanleihen aller Staaten (Euro-Bonds).» Die öffentliche Kreditaufnahme soll «von der Diktatur der Finanzmärkte» befreit werden, und die Europäische Zentralbank soll die Staaten in der Eurozone in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren.

2.2 FINANZMARKT-REGULIERUNG UND ÖFFENTLICHES BANKENSYSTEM

Da der Europäischen Zentralbank nach geltendem EU-Recht keine direkte Finanzierung von Staaten erlaubt ist – allenfalls über die Europäische Investitionsbank, die allerdings nur Infrastrukturmaßnahmen finanzieren darf –, fordert DIE LINKE zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) die Einrichtung einer Bank für öffentliche Anleihen (vgl. Hesel/Troost 2012). Dies wäre auch nach geltendem Recht möglich.

DIE LINKE tritt zudem für die Einführung einer echten Finanztransaktionssteuer zwischen 0,05 und 0,1 Prozent ein. Denn die Planungen der Bundesregierung be-

¹³ Vgl. Griechische Kampagne zum Schulden-Audit, in: Lu-Xemburg 2/2012, S. 34 f.; vgl. CADTM – Committee for the Abolition of the Third World Debt, unter: vgl. <http://cadtm.org/Citizen-debt-audits-how-and-why>.

ziehungsweise der Europäischen Kommission beinhalten entweder zu niedrige Steuersätze oder enthalten zahlreiche Ausnahmeregelungen, insbesondere für Derivate wie zum Beispiel die besonders gefährlichen Kreditausfallversicherungen (*credit default swaps*).¹⁴ In den Plänen der EU-Kommission sollen sie nur mit 0,01 Prozent besteuert werden. Dies würde eine Verlagerung von klassischen, standardisierten Börsenprodukten wie Aktien und Anleihen hin zu Derivaten noch weiter befördern (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.2.2013). Mit einer echten Finanztransaktionssteuer ohne Ausnahmen, wie sie DIE LINKE fordert, würden zahlreiche Finanzgeschäfte, beispielsweise der computerisierte Hochgeschwindigkeitshandel, unrentabel werden sowie die Finanzmärkte «entschleunigt».¹⁵

Eine weitere Forderung der LINKEN ist, die privaten Rating-Agenturen zu entmachten (vgl. DIE LINKE 2013: 51). Bislang haben ihre Bewertungen von Risiken in Bilanzen von Banken oder Versicherungen teilweise bindende Wirkung. So ist bei Versicherungen oder auch Landesbanken nur ein geringer Anteil risikoträchtiger Finanztitel zugelassen. Werden bestimmte Titel, nicht zuletzt Staatsanleihen, von Rating-Agenturen in ihrer Bewertung herabgestuft, sind die Unternehmen gezwungen, diese zu verkaufen, unabhängig davon, ob sie die Einschätzung der Rating-Agenturen teilen. DIE LINKE will die privaten Agenturen durch eine öffentliche europaweite Behörde ersetzen. Darüber hinaus fordert sie die Einführung eines Finanz-TÜVs, den alle neuen Finanzinstrumente zu durchlaufen hätten. Dies gilt insbesondere für Derivate und Futures im Bereich von Nahrungsmitteln und

Rohstoffen. Nach den Vorstellungen der LINKEN muss der Handel mit Derivaten, wenn er überhaupt weiterhin erlaubt sein soll, restriktiv gehandhabt werden. Der Partei nahestehende NGOs wie WEED und andere streiten allerdings noch über den Nutzen von Absicherungsgeschäften etwa von Landwirten, aber auch von Unternehmen gegen Währungsschwankungen.¹⁶ Unstrittig ist jedoch die Forderung nach einem Verbot des Handels intermediärer Finanzinstitutionen (Zwischenhändler), die beispielsweise mit Nahrungsmitteln oder Rohstoffen nur spekulieren.

Zum angestrebten Umbau des Bankensektors haben Philipp Hesel und Axel Troost (2012) wesentliche Positionen erarbeitet. Als eine der Kernfunktionen von Banken betrachten sie erstens die Sicherstellung eines zuverlässigen und kostengünstigen Zahlungsverkehrs, inklusive einer entsprechenden Bargeldversorgung. Zweitens sollten Banken auf die Rolle als Kapitalsammelstellen

¹⁴ Die französische Variante einer Finanztransaktionssteuer gleicht eher einer Börsensteuer, wie sie bereits in Großbritannien als sogenannte Stempelsteuer auf Aktien existiert. Geschäfte jenseits der Börsen, die direkt zwischen zwei Finanzinvestoren getätigt werden (*over the counter*), werden nicht konsequent erfasst. Bei Derivaten betrifft das mehr als 60 Prozent aller Transaktionen. ¹⁵ Ein neuer Entwurf der EU-Kommission sieht nun verschärfte Maßnahmen gegen eine Umgehung der Steuer vor: Er ergänzt das sogenannte Herkunftsprinzip durch das sogenannte Ausgabeprinzip. Herkunftsprinzip bedeutet, dass alle Finanzinstitutionen, die ihren Sitz im Geltungsbereich des Gesetzes haben, steuerpflichtig sind, also auch wenn zum Beispiel eine deutsche Bank außerhalb Europas Aktien- oder Derivatgeschäfte tätigt. Ausgabeprinzip bedeutet, dass auch der Handel mit allen Vermögenstiteln aus dem Geltungsbereich des Gesetzes steuerpflichtig wird, also wenn zum Beispiel eine US-Bank in Hongkong italienische Staatsanleihen handelt (vgl. Wahl 2013). ¹⁶ Vgl. zu dieser Auseinandersetzung www.weed-online.org/themen/finanzen/nahrungsmittelspekulation/index_2010.html; den Foodwatch-Bericht «Die Hungermacher» (2011) von Harald Schuhmann unter: http://foodwatch.de/foodwatch/content/e10/e45260/e45263/e45318/foodwatch-Report_Die_Hungermacher_Okt-2011_ger.pdf; und Heiner Flassbeck zur Nahrungsmittelspekulation im Ernährungsausschuss des Bundestages, unter: <http://germany-nextkabinettskueche.wordpress.com/2012/10/01/heiner-flassbeck-dirk-muller-u-a-nahrungsmittelspekulation>.

zurückgeführt werden, die für die Menschen sichere, verständliche und nachhaltige Sparmöglichkeiten bieten, statt mit deren und bankeigenem Geld riskante Geschäfte zu tätigen. Drittens sollten Banken ihre Finanzierungsfunktion erfüllen, indem sie die Investitionen der Unternehmen und des Staates zu annehmbaren Bedingungen über Kredit finanzieren. Das Ziel müsse sein, den Finanzsektor in seinem Volumen erheblich zu schrumpfen und seine ökonomische wie politische Machtposition zurückzudrängen.

Voraussetzung für ein funktionsfähiges Bankensystem ist laut Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN außerdem eine Offenlegung der Verlustrisiken, die noch in den Bankbilanzen stecken und unter anderem die Kreditvergabe erschweren. Dazu müssen die gefährdeten Vermögenswerte der einzelnen Banken zu Marktpreisen in separate Einheiten ausgelagert werden. Wo derzeit keine Marktpreise zu ermitteln sind, sollten die «Schrottpapiere» zum Preis von 0 bewertet werden. Ein kontrollierter Konkurs unter Sicherung der Spareinlagen privater Sparer ist dabei in Kauf zu nehmen – dies trifft sich mit der Position Wagenknechts (vgl. DIE LINKE 2013: 48).

Damit von den Vergütungssystemen für Manager und Vorstände keine schädlichen Anreizwirkungen ausgehen, müssen deren Einkommen fest an die Einkommen einfacher Beschäftigter gebunden werden. Deshalb fordert DIE LINKE, dass ein Managereinkommen das Zwanzigfache eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der untersten Gehaltsgruppe nicht überschreiten darf. Dispositionszinsen sind nach ihren Vorstellungen auf höchstens 5 Prozent oberhalb des Zentralbankzins-

satzes zu begrenzen (ebd.: 13 bzw. 49). Ferner, so die Position von Hersel und Troost (2012), sollten die Banken stärker reguliert werden, um risikoreiche Spekulationen auszuschließen. Sie fordern, das Investmentbanking als Geschäftsfeld vom Kundengeschäft abzutrennen und abzuwickeln. Modell des neuen Finanzwesens sollen Sparkassen und Genossenschaftsbanken sein. Die so zu schaffenden Banken sollen wie die Sparkassen aufs Gemeinwohl verpflichtet werden. Privat- und Landesbanken sind zu verkleinern und einer effektiven öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Aufgrund ihres fehlenden volkswirtschaftlichen Nutzens sollen außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds sowie Private-Equity-Gesellschaften aufgelöst werden.

Ergänzend können wir hinzufügen: Perspektivisch wäre eine schrittweise Sozialisierung der Investitionsfunktion notwendig: Denn wer entscheidet eigentlich über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft und darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind? Der Markt als effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen hat sich blamiert. Das neoliberale Kredit- und Finanzsystem sammelt zwar noch die verzelten (latent produktiven Geld-)Kapitale ein, es gelingt jedoch nicht mehr, sie in ausreichend produktive Investitionen zu lenken. Stattdessen produziert die Überakkumulation von Kapital Wellen spekulativer Blasen, gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche und Aufgaben gesellschaftlicher Reproduktion (z.B. Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen) liegen bleiben beziehungsweise kaputt gespart

werden. Dann muss auch die Investitionsfunktion stärker zur öffentlichen Aufgabe werden, über die internationale Finanzregulierung hinaus, etwa in Form der Vergesellschaftung von «systemrelevanten Banken», durch den Ausbau eines Netzes öffentlicher Banken und der Einführung von partizipativen Haushalten auf allen Ebenen (vgl. Candeias 2011).

Auch in ihrem Wahlprogramm 2013 tritt DIE LINKE dafür ein, Banken wieder stärker zu regulieren und in eine demokratische Wirtschaftspolitik zu integrieren. Diese Aufgabe könne aber nicht allein den Banken und den neu zu gründenden Kontrollinstanzen überlassen werden. «In die Gremien gehören nicht nur «Expert_innen» und Politiker_innen, sondern auch Sozialverbände, Verbraucherschutz- und Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure» (DIE LINKE 2013: 49). Diese hätten neben der Geschäftstätigkeit der Banken auch die (Weiter-) Entwicklung der Geschäftsstrategien zu kontrollieren und zu überprüfen. Um dies zu ermöglichen, gilt es auch im Sinne Pierre Bourdieus eine ökonomische Alphabetisierung als Selbstbildungsbewegung voranzubringen: Die Debatten über Krise und Wirtschaft müssen breiten Bevölkerungsschichten zugänglich sein, damit sie sich an der öffentlichen Kontrolle beteiligen können.

Die von der EU angestrebte Bankenunion wird von der LINKEN kritisch betrachtet. Die Bankenunion soll eine gemeinsame Aufsicht für die etwa 6.000 Banken der Eurozone umfassen, einen Rettungsfonds für Banken, ein gemeinsames Insolvenzrecht sowie eine gemeinsame Einlagensicherung. Davon beschlossen ist in Eckpunkten bislang nur die Aufsicht. Jürgen Klute, Abgeord-

nete der LINKEN im Europaparlament, erachtet eine gemeinsame Bankenaufsicht als «dringend erforderlich», kritisiert jedoch sowohl Inhalte als auch, dass hier – ähnlich wie bei den Rettungsfonds oder beim Fiskalpakt – einmal mehr «am Europäischen Parlament vorbei Recht gesetzt» werden soll (Presseerklärung v. 12.9.2012). Zudem nehme der Kommissionsvorschlag zu wenig Rücksicht auf die unterschiedlichen Geschäftsmodelle und die Größe der Banken. Diese Position wird auch von anderen Vertreterinnen und Vertretern der LINKEN geteilt. So weist Sahra Wagenknecht darauf hin, dass Sparkassen beispielsweise «problemlos national beaufsichtigt werden» könnten (Presseerklärung v. 23.10.2012).¹⁷ Auch solle der Zentralbankrat der EZB nicht das letzte Wort über die Schließung, Fortführung und staatliche Stützung einer Bank haben.

Die Bankenaufsicht könnte sich erneut als Papiertiger erweisen. Denn es gibt sie eigentlich schon. Leider sah sie weder den großen Crash von 2007 und 2008 voraus, noch fiel ihr die Manipulation des Leitzinses LIBOR auf. Sie hat auch trotz zweier Stresstests nicht erkannt, dass die spanischen Banken vor dem Abgrund stehen (Wahl 2013: 2). Daraufhin wurde eine Neuordnung vorgenommen, die vier unterschiedliche Behörden vorsah.¹⁸ Nun soll es eine neue Struktur richten, für die bis zu 5.000 neue Beamte rekrutiert werden müssen. Eine öffentliche Kontrolle ist nicht vorgesehen. Die geplante Bündelung unter dem Dach der EZB hat

¹⁷ Die Regierung Merkel hat aufgrund des Protests vor allem der Sparkassen letztlich durchgesetzt, dass nicht alle Banken der Eurozone sofort von der EZB kontrolliert werden, sondern nur etwa die 150 größten. ¹⁸ Eine Bankenaufsicht (EBA), eine Wertpapieraufsicht (ESMA), eine Versicherungsaufsicht (EIOPA) und einen Europäischen Ausschuss zur Bewertung systemischer Risiken (ESRB).

zugleich gewichtige Nachteile, etwa gegenüber der bisherigen Bankenaufsicht (European Banking Authority/EBA) mit Sitz in London: Staaten außerhalb der Eurozone wie Großbritannien und Polen haben nämlich keine Mitentscheidungsbefugnis, werden sich also kaum der neuen Aufsicht unterstellen (vgl. Neues Deutschland, 25.10.2012). Die Bankenunion, die eine weitere Vertiefung der Integration darstellen soll, lässt also den bedeutendsten Finanzplatz Europas außen vor. Dies öffnet nicht nur Möglichkeiten für eine «Regulierungsarbitrage», bei der unterschiedliche Regulierungsstandards ausgenutzt werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden einseitig nationalstaatlichen Regulierungen (zum Beispiel Trennbankenregel der Bundesregierung) verweist dies ferner auf ein grundsätzliches Problem: «Angesichts der Kompliziertheit und Langsamkeit der Entscheidungsprozesse in der EU-27 und inzwischen auch in der Eurozone greift man zunehmend zu nationalen Instrumenten», beziehungsweise man greift auf den Mechanismus einer vertieften Zusammenarbeit mit einer «Koalition der Willigen» zurück (Wahl 2013: 3). Die Europäische Union und ihr Regelsystem gleichen somit immer mehr einem Flickenteppich, was angesichts der ökonomischen und politischen Spannungen nicht gerade den Zusammenhalt stärken dürfte.

Vor allem aber sieht die geplante Bankenunion keine strenge Regulierung der Banken und keine Strukturreform des Bankensektors vor – denn die Banken gelten nicht nur als «too big to fail, sondern auch [als] zu komplex und vernetzt», um «wirkungsvoll kontrolliert werden zu können» (ebd.). Daher, so die Forderung von Saha Wagenknecht, sollten die

«systemrelevanten» Banken so verkleinert werden, dass ihr potenzieller Bankrott keine große Gefahr mehr darstellt. Alles andere bedeute nur eine erneute Verschiebung der Kosten von Fehlspekulationen auf die Steuerzahler (Wagenknecht 2012).

Immerhin führt die Diskussion um die Bankenunion vor Augen, dass die Eurokrise «keine Staatsschuldenkrise ist: Der kranke Mann Europas war und ist sein Finanzsektor», so Jürgen Klute (Neues Deutschland, 25.10.2012). «So klug sind sogar die Regierungschefs», schreibt der Finanzjournalist Lucas Zeise: Sie wissen, dass es nicht nur um die kurzfristige Rettung der spanischen Banken geht, sondern um eine Vielzahl «maroder Banken des Eurogebietes» (Junge Welt, 15.12.2012).

2.3 EUROPÄISCHE AUSGLEICHUNION

Einer der am weitesten ausgearbeiteten Vorschläge der LINKEN ist das Konzept einer europäischen Ausgleichsunion (Hersel/Troost 2009; Troost/Paus 2011; Troost/Hersel 2012). Die Krise der Europäischen Währungsunion, kurz Eurokrise, wird häufig als Staatsschuldenkrise Griechenlands, Portugals und anderer Euroländer dargestellt. Diese Analyse greift zu kurz und kommt zu völlig falschen Schlussfolgerungen. Die europäische Währungsunion war von Anfang an eine Fehlkonstruktion, weil die Vereinheitlichung der Geldpolitik nicht durch eine Koordination der Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik ergänzt wurde. Eine einheitliche Geldpolitik für eine Gruppe von Ländern mit recht unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsmärkten führt unter Konkurrenzbedingungen

notwendigerweise dazu, dass sich die Unterschiede dieser Länder eher verstärken. Wie sehr sich die Eurozone in der Konkurrenz auseinanderentwickelt hat, zeigen die dramatischen Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen.

DIE LINKE fordert daher, den derzeitigen – im Laufe der Krise noch weiter verschärften – Stabilitäts- und Wachstumspakt durch eine europäische Ausgleichsunion zu ersetzen. Diese Ausgleichsunion wäre ein Regime, das die Wirtschafts-, Sozial-, Fiskal-, und Steuerpolitik der EU-Länder – am Anfang zumindest die der Mitgliedsländer der Währungsunion – durch eine Mischung aus Angeboten und Sanktionen zu einem möglichst koordinierten und kohärenten politischen Handeln bewegt.¹⁹

Es sollen verbindliche Zielkorridore für Leistungsbilanzungleichgewichte eingeführt werden, das heißt symmetrisch sowohl für Defizite als auch für Überschüsse. Bislang werden in der Europäischen Union nur zu hohe Defizite sanktioniert. Zu hohe Handelsüberschüsse werden gegenwärtig erst ab 6 Prozent als problematisch betrachtet, aber selbst dann folgen keine Sanktionen. Eine merkantilistische, systematische Produktion von Überschüssen soll in einer künftigen Ausgleichsunion mit Strafgeldern belegt werden, die in den europäischen Kohäsionsfonds abzuführen wären. Bei kurzfristigen Schwankungen würde nicht eingegriffen. Als tolerable Schwankungsbreite gelten plus beziehungsweise minus 3 Prozent. Bei länger bestehenden Ungleichgewichten sollen abgestufte Strafforderungen greifen. Aufgrund der erheblich besseren Möglichkeiten zur Strukturanpassung für Überschussländer würden weitere Erhöhungsstufen der Strafgeldern nur

für sie gelten, bis zu dem Punkt, an dem die Überschüsse wieder auf ein vertretbares Maß reduziert worden sind. «Der beschriebene Sanktionsmechanismus ist vornehmlich als Drohkulisse zu verstehen, die dafür sorgt, dass sich alle Länder der EU bzw. der Währungsunion an einer verbesserten und vertieften makroökonomischen Koordinierung beteiligen. Denn nur, wenn die Mitgliedsländer ihre Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Steuer- und Strukturpolitik sinnvoll und vorausschauend abstimmen, können die Grenzwerte der Ausgleichsunion eingehalten und ein Vertragsverletzungsverfahren sowie Strafzahlungen abgewendet werden» (Troost/Hersel 2012). Eine europäische Ausgleichsunion wäre ein wichtiger Katalysator beziehungsweise ein wichtiges Druckmittel, um in Deutschland einen lange überfälligen wirtschaftlichen Strukturwandel hin zu einer stärkeren Binnenorientierung und weg von der Exportabhängigkeit zu vollziehen.

2.4 MARSHALLPLAN, EUROPÄISCHE INDUSTRIEPOLITIK UND SOZIAL-ÖKOLOGISCHER UMBAU

DIE LINKE unterstützt den vom DGB (2012) vorgeschlagenen «Marshallplan für Europa». Der DGB skizziert darin ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, welches die Stärkung öffentlicher Infrastrukturen und Gemeingüter sowie eine europäische Energiewende in den Mittelpunkt stellt.

¹⁹ Die Idee einer Europäischen Ausgleichsunion ist inspiriert vom Vorschlag von John Maynard Keynes, der in den 1940er Jahren im Auftrag der britischen Regierung mit der International Clearing Union einen ähnlich gerichteten Vorschlag in die Verhandlungen über das Weltwirtschaftssystem der Nachkriegszeit einbrachte (vgl. Hersel/Troost 2009).

Gegen die herrschende Kürzungspolitik will er die Notwendigkeit von Investitionen für die Überwindung der Krise stark machen. Finanziert werden sollen diese über einen europäischen Zukunftsfonds. Dessen Grundkapital in Höhe von 200 bis 250 Milliarden Euro soll durch eine europäische Vermögensabgabe aufgebracht werden. Dieser Fonds würde eine zehnjährige, festverzinsliche sogenannte New-Deal-Anleihe auflegen, mit der letztlich Investitionen in Höhe von 2,6 Billionen Euro finanziert werden könnten. Zurückgezahlt werden soll die Anleihe aus den Einnahmen einer europäischen Finanztransaktionssteuer (vgl. Payandeh 2013). Auch DIE LINKE fordert «ein Investitionsprogramm, das vor allem auf Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen und sozial-ökologische Konversion setzt» (DIE LINKE 2013: 50).

Für die Reregulierung von Banken und des Finanzsektors sowie für Konjunkturprogramme liegen zahlreiche und gut ausgearbeitete Vorschläge vor, während solche für die Restrukturierung der Produktion weitgehend fehlen. Weiter oben ist bereits die Frage aufgeworfen worden, wie ein tragfähiges Produktionsmodell etwa für Griechenland (oder beispielsweise Zypern) aussehen könnte. Eine reine Spezialisierung auf bereits vorhandene Strukturen von Agroindustrie und Tourismus wird kaum ausreichen. Daher gilt es auch, die produktive Basis dieser Länder wiederaufzubauen und eine funktionierende europäische Arbeitsteilung zu entwickeln. Das ist der Hintergrund eines Vorschlags von Thomas Händel (Abgeordneter der LINKEN im Europäischen Parlament) und Frank Puskarev, den sie als industriepolitische Ergänzung zu einer europäischen Aus-

gleichsunion und zum «Marshall-Plan für Europa» betrachten: «Notwendig ist die Entwicklung eines integrierten Konzeptes demokratisch kontrollierter wirtschaftlicher Zukunftsentwicklung für Europa, das bestehende Elemente von Industrie- und Dienstleistungspolitik, von Struktur- und Kohäsionspolitik einschließt, auf ihnen aufbaut und sie in wesentlichen Teilen ergänzt» (Händel/Puskarev 2012b). Auch hier steht eine demokratische Energiewende im Zentrum. Weder DIE LINKE noch andere europäische Linksparteien haben jedoch bislang ausgearbeitete Konzepte vorgelegt, wie eine europäische Industriepolitik beziehungsweise ein umfassender sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft in Europa aussehen soll.

Hier nur ein Beispiel, in welche Richtung es gehen kann: Die Produktion von Solarstrom etwa könnte in Griechenland ein Leitprojekt sein, mit Potenzial für die Schaffung von 60.000 Arbeitsplätzen und die Generierung von rund 15 Milliarden Staatseinnahmen (ebd.). Damit verbunden wären zudem die Reduzierung von Energieimportkosten und Erlöse aus dem Export von Solarstrom. Durch technische Umrüstung könnten über italienische und mazedonische Stromnetze rund 10 Gigawatt in das europäische Energienetz eingespeist werden. Dieses Projekt Helios erfordert Investitionen in Anlagen und Stromtrassen, für die im griechischen Staatshaushalt derzeit kaum genügend Geld aufzutreiben ist. «Der Staat bräuchte also Investitions- und Technologiehilfen über eine europäische Industriepolitik. Eine eigene Solarindustrie existiert nicht» (ebd.). Investitionen «nicht nur in der Windkraft, für die Griechenland einen besonders ergiebigen Standort darstellen würde,

und in eine dezentrale Energieversorgung in der Hand von Kommunen und Regionen könnten zusätzlich Arbeit für zehntausende Menschen in der Region schaffen» (ebd.). Weitere Entwicklungspotenziale für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Steueraufkommen liegen im «Schiffbau, in der Modernisierung des wichtigsten Mittelmeerhafens in Piräus, im Tourismus, in der Transportbranche und in der Pharmaindustrie» (ebd.). Auf diese Weise würden regionale Potenziale und Wertschöpfungsketten mit der Aussicht auf Exportmöglichkeiten nach Europa verknüpft.

Dabei werden Länder wie Griechenland aber noch lange «auf Importe von Investitionsgütern angewiesen sein. Sie in die Lage zu versetzen, diese ohne Staatsverschuldung mit eigenen Einkommensquellen – Gütern und Dienstleistungen mit Handels- respektive Marktpotenzial – zu finanzieren» (ebd.), wäre eine wichtige Aufgabe europäischer Struktur- und Steuerpolitik.

2.5 GERECHTE STEUERN: REICHTUM IST TEILBAR

Das gegenwärtige Krisenmanagement verschärft die neoliberale Umverteilungspolitik der letzten 30 Jahre ein weiteres Mal. Stattdessen sollten Kapital und Vermögende wieder stärker zur Finanzierung des Öffentlichen herangezogen werden. Es geht also darum, das gesellschaftliche Mehrprodukt wieder an die Allgemeinheit zurückzuführen. So könnte die Umverteilung von oben nach unten, von privat zu öffentlich gestoppt und umgekehrt werden, womit überhaupt erst wieder Spielräume für eine andere Politik entstehen würden. Umverteilung ist wesentliche Voraussetzung jeder

linken Politik. Oft wird behauptet, dass DIE LINKE vor allem Geld ausgeben oder neu drucken wolle. Tatsächlich ist sie bemüht, die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte zu verbessern, in der Bundesrepublik wie in Europa.

DIE LINKE fordert eine einmalige europaweite Vermögensabgabe in Höhe von 5 Prozent auf jeden Euro über der Grenze von einer Million. Dazu soll in allen europäischen Ländern (ähnlich wie in Frankreich diskutiert) eine Millionärssteuer von 75 Prozent auf jeden Euro Einkommen über eine Million im Jahr erhoben werden. Katja Kipping (Vorsitzende der LINKEN) und Jean-Luc Mélançon (Vorsitzender der Parti de Gauche) brachten eine 100-prozentige Quote ins Spiel, also eine absolute Begrenzung von Privatvermögen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.6.2012). Den immer größer werdenden sozialen Ungleichheiten soll darüber hinaus mit einer Reform der Einkommenssteuer entgegengewirkt werden. Es braucht nach Ansicht der LINKEN neben europäischen Mindeststandards auch einen verschärften Kampf gegen Steuerflucht: Kapitalverkehrskontrollen, automatische Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren und Lizenzen von kooperationsunwilligen Banken einzuziehen, sowie eine Verschärfung der Strafen für Steuerhinterziehung.

Die derzeitigen Schuldenprobleme vieler Eurostaaten sind zu einem erheblichen Teil durch einen Rückgang ihrer Steuereinnahmen bedingt, weil die Steuern für Unternehmen und vermögende Privatpersonen in der Vergangenheit immer wieder gesenkt wurden. Nicht zuletzt jene Länder, die von der Krise besonders hart getroffen wurden, wie Litauen, Irland, Zypern oder Griechenland, hat-

ten besonders niedrige Steuersätze, um (spekulatives) Kapital anzulocken. Zudem verzichten die Finanzinstitutionen gerade bei den Unternehmen und Reichen – nicht nur in Griechenland, sondern auch in der Bundesrepublik – auf eine systematische Eintreibung von deren Steuerschulden. DIE LINKE sieht vor, die Körperschaftssteuer in Deutschland wieder auf 25 Prozent zu erhöhen und deren Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Zudem strebt sie diesbezüglich europaweit eine Vereinheitlichung an. Es gilt Steuerschlupflöcher zu schließen, insbesondere für transnationale Unternehmen, die mitunter ihre Abgabenlast auf unter 5 Prozent senken können, während mittlere Unternehmen durchschnittlich zwischen 25 und 30 Prozent der Gewinne abführen, wie die OECD belegt. Hier fordert die Partei DIE LINKE, die Verrechnungsmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Standorten zu kappen und eine Transparenz der Kosten herzustellen. Zudem müssten die Steuerbehörden entsprechend personell verstärkt werden. Jeder Steuerprüfer, der große Unternehmen und Finanzinstitutionen kontrolliert, finanziert sich dabei um ein Vielfaches selbst.

Außerdem wird neben der bereits genannten Finanztransaktionssteuer innerhalb der LINKEN eine Bankenabgabe diskutiert, um die öffentlichen Haushalte, die die Bankenrettungen der letzten Jahre maßgeblich finanziert haben, zu entlasten und mit ihr einen öffentlich kontrollierten Fonds für zukünftige Bankenpleiten einzurichten. Der Umfang der bereits von der Regierung Merkel eingeführten Bankenabgabe von etwa 1,2 Milliarden wird als unzureichend kritisiert, da diese Summe nicht ausreiche, um im Falle einer Krise einer größeren

Bank wirksamen Schutz zu bieten. DIE LINKE fordert eine Bankenabgabe von über 9 Milliarden Euro jährlich sowie eine Freistellung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken von der Zahlungsverpflichtung (Pressemitteilung v. 24.8.2010).

2.6 SOZIALKORRIDORE UND MINDESTSTANDARDS

Nach Vorstellungen der LINKEN sollen soziale und steuerliche Mindeststandards in Europa Dumpingstrategien unterbinden, bei Wahrung unterschiedlicher nationaler Sozialsysteme. Es geht um das Mindestniveau einer armutsfesten Grundsicherung (zum Beispiel 60 Prozent des jeweils durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens), europäische Mindestlöhne (zum Beispiel 65 Prozent der jeweiligen Durchschnittslohns) oder das Recht auf Wohnraum. Darüber hinaus soll ein neuer institutioneller Mechanismus eingeführt werden, der für eine behutsame Angleichung der Lebensbedingungen in Europa sorgt: sogenannte Sozialkorridore, wie sie von André Brie, Klaus Dräger, Gabi Zimmer, Judith Dellheim und anderen entwickelt wurden. Nach ihren Vorstellungen, die auch Eingang in den Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN gefunden haben, gäbe es eine Regelung, die vorschreibt, dass sich der Anteil der Sozialausgaben am BIP (die Sozialleistungsquote) nicht verringern darf, sondern sich vielmehr innerhalb eines Korridors nach oben entwickeln soll. Bei sinkender Sozialleistungsquote in einem EU-Land käme es zu einem Konsultationsverfahren, und die betreffende Regierung müsste verbindlich Maßnahmen entwickeln und umsetzen, um das ursprüngliche Niveau

wiederherzustellen. Eine gemeinsame Koordination der Sozialpolitik würde darauf ausgerichtet sein, dass Mitgliedsländer im unteren Bereich der Sozialkorridore aufsteigen (vgl. DIE LINKE 2013: 47). In der LINKEN wird zudem über die Einrichtung eines Sozialgerichtshofs als Gegengewicht zum wettbewerbsrechtlich dominierten Europäischen Gerichtshof (EuGH) nachgedacht.

Darüber hinaus gilt eine stärker koordinierte Tarifpolitik vonseiten des Europäischen Gewerkschaftsbundes und der europäischen Branchengewerkschaften, die sich bei der Lohnpolitik an der Ausschöpfung des verteilungsneutralen Spielraums orientieren sollte (Inflation plus Produktivitätsentwicklung), als unabdingbare Voraussetzung für ein sozialeres Europa. In der Bundesrepublik wurden diese Spielräume über Jahre nicht genutzt, sodass hier erheblicher Nachholbedarf besteht.

Die auf europäischer Ebene erfolgreich durchgesetzten Projekte wie die «European Economic Governance» (Verschärfung von Stabilitäts- und Wachstumspakt, makroökonomische Überwachung), der Euro-Plus-Pakt, der Fiskalpakt sowie die sogenannten Rettungsschirme EFSF und ESM radikalieren nicht nur die neoliberale Krisenbearbeitung, sondern haben auch weitreichende Konsequenzen für das institutionelle Gefüge der Europäischen Union. Sie führen zu einer massiven Entdemokratisierung: So werden mit dem Euro-Plus- oder dem Fiskalpakt als völkerrechtliche Vertragswerke zwischen Regierungen die Rechtsordnung und rechtliche Verfahren der Europäischen Union umgangen. Die neuen budgetpolitischen und makroökonomischen Überwachungskompetenzen der Euro-

päischen Kommission verändern massiv die institutionellen Kräfteverhältnisse innerhalb der Europäischen Union, was sich insbesondere zuungunsten des Europäischen Parlaments, aber auch der Haushaltsrechte der nationalstaatlichen Parlamente auswirkt. Aus der Perspektive der LINKEN stellt sich die Frage, ob sie für eine Bewahrung der Rechte des Europäischen Parlaments und für eine Demokratisierung der institutionellen Struktur der Europäischen Union eintreten soll oder ob sie vielmehr demokratische Erregenschaften auf der nationalstaatlichen Ebene verteidigen und sich für eine «Neugründung Europas» stark machen soll, weil sich die EU inzwischen fast vollständig einer Einflussnahme von links entzieht.

Weitere europapolitische Forderungen der LINKEN zielen auf eine Stärkung des Europäischen Parlaments, auf die Ermöglichung von europäischen Volksbegehren sowie eine Ausweitung der europäischen Öffentlichkeit und der Menschen- und Bürgerrechte. Zudem wollen sie das europäische Migrations- und Grenzregime sowie die Agrarpolitik reformieren. In dieser Darstellung beschränken wir uns aber auf die im engeren Sinne auf die Eurokrise bezogenen Positionen und Diskussionen.

2.7 EXIT – AUSGEWÄHLTE POSITIONEN JENSEITS DER PARTEI

Ähnlich wie Axel Troost und andere Politikerinnen und Politiker der LINKEN sieht Heiner Flassbeck, ehemaliger Chefökonom der UNCTAD und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einer Studie zur Eurokrise beauftragt, das Kernproblem der europäischen Währungsunion in den

auseinanderdriftenden Handels- und Leistungsbilanzen bei sehr unterschiedlichen ökonomischen Ausgangsbedingungen. Dabei habe die Bundesrepublik lange «systematisch unter ihren Verhältnissen gelebt» (Flassbeck 2012a). Zur Rettung des Euro ist es aus seiner Sicht notwendig, dass die Nominallöhne in Deutschland stärker steigen als im Rest des Euroraums. Saldenmechanisch rechnet er vor: «Wenn die Löhne ab jetzt jedes Jahr um 4,5% erhöht werden, gibt es bis 2022 einen Ausgleich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit» (Financial Times Deutschland, 17.3.2011). Um diesen langen Zeitraum zu überbrücken, seien «Eurobonds oder die Rettungsschirme ebenso wie eine konsequente Intervention der EZB sinnvolle Maßnahmen» (Flassbeck 2012a). Allerdings ist Flassbeck eher skeptisch, ob die deutschen Gewerkschaften in der Lage sind, dauerhaft hohe Tarifabschlüsse durchzusetzen. Wird die «Wettbewerbslücke» nicht geschlossen, so seine These, bricht die Eurozone auseinander (Der Freitag, 18.2.2010). Bevor dieser Zersetzungsprozess «alte Ressentiments» wecke und neue Feindschaften erzeugt», möchte er den Europäern zurufen: «Trennt euch» (Flassbeck 2012b). Dabei schwebt ihm eine Trennung zwischen Nord- und Südeuropa vor. Die Südeurozone würde sich aus Griechenland, Italien, Spanien und Portugal zusammensetzen, angeführt von Frankreich. Der Südeuro könnte sofort um etwa 40 Prozent abgewertet werden, womit die Wettbewerbsfähigkeit dieses großen südlichen Marktes schlagartig wiederhergestellt würde. Der Nordeurozone würden unter Führung der Bundesrepublik Deutschland Länder wie Österreich, die Niederlande, Finnland und später vielleicht Großbritannien

angehören. Hier überschneiden sich die Vorstellungen von Flassbeck mit denen von Neoliberalen wie Hans-Olaf Henkel oder Hans-Werner Sinn.

An eine Umsetzung des eigenen Vorschlags glaubt Flassbeck allerdings nicht. Den Grund dafür liefert er selbst: Der Anteil des Exports am BIP der Bundesrepublik liegt mittlerweile bei 50 Prozent. Eine starke Aufwertung des Nordeuro würde die deutsche Wirtschaft um viele Jahre zurückwerfen und Millionen Arbeitsplätze kosten. «Die gesamte politische Elite wird abtreten müssen, um dahin zu kommen» (ebd.). Goldman Sachs habe berechnet, dass die neue Währung real um mindestens 25 Prozent aufgewertet würde. Die Kosten des Auseinanderbrechens der Währungsunion beziffert die Bank für die Bundesrepublik auf etwa 800 Milliarden Euro. Rein rechnerisch (unter Berücksichtigung von Zinseffekten) «könnte Deutschland für dieses Geld zehn Jahre lang 94 Mrd. Euro Transferleistungen leisten» (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.2.2012). Vielmehr müsste nach Ansicht von Flassbeck «das gesamte deutsche Bankensystem verstaatlicht» werden. Zudem müssten Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden. Ein Einbruch der Industrieproduktion von 40 Prozent müsste verkräftet werden, das Exportmodell wäre tot. Dies gelte auch für die anderen Exportländer. Ohne fundamentale Änderungen allerdings, so Flassbecks eindringliche Warnung, sei der Euro nicht länger zu halten. Dies sehen auch Gary Cohn, Vorstand von Goldman Sachs, oder Starökonom Nouriel Roubini so (Handelsblatt, 17.10.2012). Daher schlägt Flassbeck, ähnlich wie der aus Griechenland stammende und in Großbritannien lehrende Ökonom Costas Lapavistas (2011), we-

nigstens die Möglichkeit eines geregelten Austritts aus der Währungsunion und entsprechende Mechanismen vor, um ein unkontrolliertes Zerbrechen der Eurozone zu verhindern. Sofern ein solcher Austritt geregelt erfolge – im Falle Griechenlands mit einem vereinbarten Schuldenschnitt und langfristig zugesicherten Finanzhilfen sowie einer Abwertung der Währung von bis zu 50 Prozent –, sei dieser denkbar. Die Kosten würden sich im Rahmen halten, und für Griechenland böte sich hiermit eine Chance auf ein Ende des «Rezessions-Martyriums» (Axel Troost). Troost (2012) gibt jedoch zu bedenken, dass es wegen der «dramatischen Auszehrung der griechischen Wirtschaftsstruktur und -infrastruktur» keineswegs sicher sei, dass es danach «mittels Exportüberschüssen zügig aufwärtsgehen würde», auch wenn die Europäische Union «Hilfen für einen Neustart über die europäische Entwicklungsbank mittragen» würde. Flassbeck setzt hingegen gar nicht auf Exporte: «Ein Land, das nicht wettbewerbsfähig ist, kann die Grenzen auf Dauer nicht offenhalten [...] Importe müssen soweit wie möglich durch heimische Produkte ersetzt werden» (Tagesanzeiger, 13.10.2012).

Anders als Flassbeck und Lapavitsas glauben griechische Befürworter einer Trennung wie Panagiotis Sotiris nicht an die Möglichkeit eines «geregelten» Austritts aus der Eurozone: Die Debatte findet in Griechenland vor dem Hintergrund einer möglichen echten Linksregierung statt. Eine solche Regierung, die sich auf ein breites Bündnis populärer Kräfte stützen müsste, werde wohl kaum von der Europäischen Union die notwendige Unterstützung für einen wirtschaftlichen Neuanfang erhalten, sondern bekämpft

werden. «Es ist unmöglich, solch tiefgreifende Veränderungen durch einfache Beschlüsse und Entscheidungsprozesse innerhalb der EU zu bewirken. Sie müssen die Form eines Bruchs annehmen» (Sotiris 2012: 26). Dieser wäre verbunden mit «einer unverzüglichen Einstellung des Schuldendienstes, der Verstaatlichung der Banken und strategischer Infrastruktur» sowie der Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen und anderen Regulierungen (ebd.: 26 f.). Der Austritt wird auch als Möglichkeit betrachtet, internationale Beziehungen aufzubauen, die «auf beidseitigem Nutzen beruhen» (ebd.: 27). Gemeint sind Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der Arabellion, aber auch zu China, Lateinamerika und der Türkei und anderen Ländern Südeuropas, die ebenfalls Interesse daran haben könnten, die Eurozone zu verlassen. «Die Eurozone zu verlassen, führt nicht in die Isolation, sondern eröffnet den einzigen Weg zu einem breiteren Spektrum möglicher Formen internationaler und wirtschaftlicher Beziehungen» (ebd.).

Dem Beispiel lateinamerikanischer Länder folgend, wird auch über einen extraktivistischen Weg der Entwicklung nachgedacht, das heißt über eine noch stärkere Rohstoffausbeutung, um eine staatliche Politik der umfassenden Umverteilung zu ermöglichen. Hoffnung machen in diesem Zusammenhang vor allem Öl- und Gasvorkommen, die in der Ägäis vermutet werden. Die Öl- und vor allem Gasvorkommen könnten dem griechischen Staat über 25 Jahren hinweg insgesamt rund 600 Milliarden Dollar (465 Milliarden Euro) einbringen, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters (vgl. Focus, 17.11.2012). Diese Summe übersteigt die der griechischen Staatsschul-

den fast um die Hälfte. Sollten sich die Vermutungen als richtig herausstellen, hätte die Vorstellung einer Entwicklung

jenseits der Eurozone eine mögliche ökonomische Grundlage. Eine sozial-ökologische Politik sieht freilich anders aus.

3 DIE NEUGRÜNDUNG EUROPAS

3.1 ZWISCHEN PRO-EUROPA UND EUROSKEPSIS

Seit Jahrzehnten ist die Haltung der europäischen Linken zum europäischen Integrationsprozess ambivalent. Treffend wurden die Politiken der Liberalisierung und Deregulierung kritisiert, die monetaristische Währungsunion, der Maastricht-Vertrag und der Stabilitätspakt sowie die Wettbewerbsorientierung der Lissabon-Verträge. In der Tradition des Internationalismus hielt die Linke jedoch an einer pro-europäischen Haltung fest, entwarf Reformvorschläge und wandte sich gegen Nationalismen und rechten Protektionismus (die sich zum Beispiel gegen Migrantinnen und Migranten und «ausländische» Arbeitskräfte richten). Angesichts der ungünstigen Entwicklung der Kräfteverhältnisse in Europa drohte und droht die Wahrnehmung solcher pro-europäischen Positionen jedoch als naiv-idealistisch, etwa wenn wie bei Jürgen Habermas kontrafaktisch die Segnungen des mit der Europäischen Union verbundenen kosmopolitischen Aufbruchs gefeiert werden, ohne die realen sozialen und ökonomischen Verwerfungen zu erwähnen (vgl. Anderson 2012: 14).

Umgekehrt konnten europakritische Positionen in der öffentlichen Debatte immer wieder mit rechtsnationalistischen in eins gesetzt und diffamiert werden beziehungsweise stützten diese ungewollt rechte Positionen. Theoretisch waren

die Positionen für eine linke europäische Perspektive und gegen die Aushöhlung sozialer Rechte auf nationalstaatlicher Ebene durchaus zu vermitteln. Praktisch wurden sie durch die reale Politik immer wieder in einen falschen Gegensatz gebracht, wenn zum Beispiel weiter auf ein progressives europäisches Sozialmodell gesetzt wird, wenn Mario Draghi gerade dessen Ende verkündet hat (Wall Street Journal, 28.2.2013), oder man sich regressiv auf die Verteidigung der sozialen Errungenschaften auf nationalstaatlicher Ebene fokussiert. In der Krise Europas ringt die europäische Linke um eine angemessene und überzeugende strategische Position – bislang ist ihr dies mit wenigen Ausnahmen wie etwa in Griechenland nicht gelungen.

Beide Positionen haben ihre Rationalität: Ein auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränktes und zurückgeworfenes politisches Agieren wird angesichts fortschreitender Europäisierung und transnationaler Machtstrukturen nicht einmal zur Verteidigung von sozialen und politischen Errungenschaften ausreichend sein. Doch der «Linken ist es bisher nicht gelungen, ihr Votum für ein anderes Europa in eine konzise und geteilte Idee und Politik» für Europa umzusetzen (Händel/Puskarev 2012a: 45). Es gibt ein wachsendes Unbehagen gegenüber Europa, auch innerhalb der Partei DIE LINKE, das nicht dumpf nationalistisch, sondern erfahrungsgesättigt ist. In den letzten Jahr-

zehnten war jeder weitere Schritt zur europäischen Integration ein Mittel fortschreitender Durchsetzung neoliberaler Prinzipien, auch wenn es in einzelnen Bereichen auch Fortschritte gegeben haben mag. Nicht zuletzt für viele Menschen in Osteuropa oder in der Türkei war und ist die Perspektive auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union immer noch an die Hoffnung geknüpft, diese würde eine größere Achtung der Bürger- und Menschenrechte garantieren. Zugleich nähert sich die Europäische Union jedoch immer mehr einem undemokratischen und wirtschaftsnahen Lobbyverein an, der jenseits des nach wie vor zu schwachen Europäischen Parlaments kaum einer politischen Kontrolle oder Beeinflussung durch zivilgesellschaftliche und parlamentarische Auseinandersetzungen unterliegt. Auf europäischer Ebene wurden zahllose Maßnahmen und Programme der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung durchgesetzt, auch gegen nationale Interessen. Die europäischen Institutionen sind daher «in keinem Fall ein besseres Umfeld für Kämpfe als die sozialen Strukturen und politischen Einheiten der Länder», lautet die Einschätzung von Panagiotis Sotiris (2012: 25). Insbesondere angesichts der Verhältnisse in Griechenland wird eine Haltung verständlich, die «die Wichtigkeit aller demokratischen und internationalistischen Traditionen der Arbeiterbewegung und der europäischen Linken» nicht außer acht lassen will, aber am Ende zu dem Schluss kommt, diese hätten «nichts mit der Realität des tatsächlichen institutionellen Rahmens der EU zu tun» (ebd.).

In der gegenwärtigen Krise wäre es umso dringlicher, nun konsequente Schritte der Reform der Europäischen Union

voranzutreiben, um ein Auseinanderbrechen derselben zu verhindern. Doch die derzeitigen Kräfteverhältnisse lassen dies nicht zu. Die Entwicklung geht vielmehr in die entgegengesetzte Richtung, nämlich hin zu einem autoritären und postdemokratischen Neoliberalismus. Troost und Wagenknecht (2013) fordern denn auch gemeinsam: «Weitere Kompetenzübertragungen auf die europäische Ebene im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dürfen nur dann stattfinden, wenn damit das praktizierte Lohn-, Sozial- und Steuerdumping unterbunden wird.»

Ausstieg aus dem Euro oder utopische Harmonisierung eines europäischen Sozialmodells? Am Ende ist die Frage so falsch gestellt. Ein Austritt aus dem Euro – selbst wenn es die Chance zum ökonomischen Wiederaufbau mit eigener, dann abgewerteter Währung gäbe – zöge in jedem Fall einen in seinem Ausmaß kaum zu überschätzenden wirtschaftlichen Zusammenbruch nach sich. Außerdem würde er wahrscheinlich zu einer Kettenreaktion in anderen Staaten und zum Zerfall der Europäischen Union führen, mit ebenfalls katastrophalen Folgen für die Menschen in Deutschland und andernorts. Strategisch würde Griechenland zudem sein härtestes Verhandlungspfand, die Drohung mit einem Zahlungsausfall, verschenken. Dies ist das Faustpfand einer möglichen Linksregierung unter Syriza – nicht Austritt aus der Eurozone, sondern umfassende Neuverhandlung der Bedingungen, um im Euroraum zu verbleiben.

Es ist fraglich, wie lange die gegenwärtige Regierung in Griechenland noch durchhalten wird. Für die Herrschenden in Europa ist dies ein Fanal. Ein neues Gespenst geht um in Europa: Syriza,

das Bündnis der radikalen Linken in Griechenland mit seinem Vorsitzenden Alexis Tsipras, gilt derzeit zugleich als Gefährdung und Hoffnung Europas. Die herrschenden Kräfte eines autoritären Neoliberalismus fürchten den Präzedenzfall: Gelänge es auch nur einem einzigen Land, dem drakonischen Kürzungsdiktat wirksamen Widerstand entgegenzusetzen, würde ein ökonomischer und politischer «Dominoeffekt» drohen (vgl. Onaran 2011). Die zerstreuten Kräfte der Linken in Europa wiederum projizieren ihre Sehnsüchte auf ein Land, in dem sich breite Bewegungen organisiert haben und auf deren Grundlage die Linke bei den Wahlen reüssiert. Dort scheint die Formulierung eines klaren Antagonismus gegen herrschende Politiken und Klassen nicht in die Isolation zu führen, sondern es gelang, die in den sozialen Bewegungen und breiten Teilen der Bevölkerung geäußerten Leidenschaften und Forderungen aufzunehmen und zu verdichten: Gegen die autoritär-neoliberale Europäischen Union und die Macht des Finanzkapitals, aber für Europa. Auf intelligente Weise umgeht Syriza die Dilemmata, in denen sich die Linke in Europa sonst verfängt.

Michel Husson (2012: 29) empfiehlt, wo immer es möglich ist, «gute Maßnahmen unilateral» durchzusetzen (zum Beispiel Kapitalverkehrskontrollen oder Steuerreformen) und nicht zu warten, «bis ein ‹gutes› Europa geschaffen» ist. «Das politische Risiko, das ein Bruch der EU-Richtlinien bedeutet, ist einzugehen»; andere werden folgen, dann ist auf die Ausdehnung der in einem oder mehreren Ländern begonnenen Reformen innerhalb Europas hinzuwirken. Doch stellt sich diese Perspektive bislang realistisch nur in Griechenland. Und die Herrschen-

den tun alles, um eine solche Position zu isolieren.

3.2 VERDICHTUNG GESELLSCHAFTLICHER MOBILISIERUNG

Die Politik der dominanten Regierungen, der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds sowie der mächtigen Banken und Finanzinstitutionen deutet in Umkehrung von Ursache und Wirkung die gegenwärtige Finanz- zur Staatsschuldenkrise um und dividiert damit die Länder auseinander und hetzt Bevölkerungen gegeneinander auf. «Faule Griechen», «verlotterte Italiener» und «größenwahnsinnige Iren» hätten alle zu lange über ihre Verhältnisse gelebt und müssten nun mit aller Härte zu häuslicher Disziplin erzogen werden. Die spanische wie die portugiesische Regierung kämpfen gegen die Gleichsetzung mit den «unverantwortlichen Griechen», in Italien bemühte sich eine Regierung von eingesetzten Technokraten um das «Vertrauen der Märkte» – sie ist inzwischen abgewählt, während eine Regierungsneubildung in Italien immer schwieriger wird. Eine strategische Neuorientierung ist notwendig, sofern die Linke in Europa der geschichtlichen Situation der organischen Krise entsprechen will: gegen die autoritäre «Restoration-Revolution» (Gramsci).

In Europa sind die Kämpfe zurückgekehrt.²⁰ Eine europäische Koordination fällt jedoch schwer. Zahlreiche Linksparteien haben ihre Solidarität mit Griechen-

²⁰ Vgl. hierzu die Zeitschrift LuXemburg 2/2011 oder die Occupy-Zeitung der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter: www.rosalux.de/fileadmin/rfs_uploads/pdfs/sonst_publicationen/RZ_OCCUPY_Dez2011.pdf.

land bekundet. Nicht zuletzt DIE LINKE hat sich erfolgreich darum bemüht und eine Erklärung zusammen mit Syriza verfasst.²¹ Eine gemeinsame Positionierung der Europäischen Linken steht allerdings noch aus. Besonders dramatisch erweist sich der Zustand der Solidarität unter europäischen Gewerkschaften: Der Europäische Gewerkschaftsbund ist für eine europäische Koordination ungeeignet, zu stark sind die Eigeninteressen der Mitgliedsverbände und Gewerkschaften, zu unterschiedlich die Bedingungen in den jeweiligen Ländern (vgl. Wahl, A. 2012). Am 14. November letzten Jahres kam es zu einem in der Geschichte des Europäischen Gewerkschaftsbunds einmaligen historischen Schritt: zu einem gemeinsamen Generalstreik in mehreren europäischen Ländern beziehungsweise zu gemeinsamen Solidaritätsaktionen. Insbesondere deutsche Gewerkschaften wie die IG Metall sind jedoch zerrissen zwischen ihrer Kritik an der neoliberalen Kürzungspolitik und den Vorteilen, die sie aufgrund ihrer Einbindung in das deutsche Krisenmanagement genießen, zulasten anderer Gruppen von Lohnabhängigen. Sie beteiligten sich praktisch kaum an den europäischen Krisenprotesten (vgl. Bierbaum 2013). Zwar formulierten Teile der deutschen Gewerkschaften frühzeitig ihre Kritik an der Europäischen Union und ihre Solidarität mit Griechenland, etwa der Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand. Öffentlichkeitswirksam geschah dies jedoch erst relativ spät im Zuge eines offiziellen Aufrufs mit dem Titel «Europa neu begründen».²²

Doch auch die Bewegungen der Empörten und von Occupy mühen sich mit der europäischen Koordination ihrer Proteste. Ihr Kampf verbleibt meist auf national-

staatlicher Ebene und wird nur langsam und punktuell grenzüberschreitend entwickelt. Die Lernprozesse auf dem Weg hin zu einer praktischen Solidarität sind schwierig, aber nicht ohne Aussicht auf Erfolg, wie die europäisch abgestimmten Aktionstage zum Jahrestag der Besetzung der Puerta del Sol in Madrid und Blockupy Frankfurt im Mai 2012 gezeigt haben. Sie umfassen auch die Kooperation zwischen neuen (Demokratie-) Bewegungen, «neu-alten» sozialen Bewegungen, Linksparteien und Gewerkschaften, nicht nur in Griechenland: In Spanien haben die *indignad@s* eine Dynamik ausgelöst, die zur Revitalisierung und Organisierung von Bewegungen, zur Neugründung der Vereinigten Linken und zur strategischen Neuorientierung der Gewerkschaften führte. In Frankreich zeigt die Neuformierung der Linksfront unter Jean-Luc Mélenchon, wie Protest und offene Parteipolitik zusammengebracht und bei Wahlen Erfolge erzielt werden können – nicht zuletzt mit einer gezielten Kampagne gegen die Front National von Marine Le Pen. Ansatzweise bildet sich in diesen europäischen Bewegungen ein Konsens über Mindestforderungen heraus und wird mit verschiedenen Koordinationsformen experimentiert.

Erleben wir «vorrevolutionäre Zeiten» (Horst Kahrs) im Süden Europas? Schwer zu sagen. Viele sozialstaatliche Einrichtungen und Systeme in Griechenland und Spanien sind weitestgehend zusammengebrochen. Sie werden durch wechselseitige Hilfsinitiativen ersetzt beziehungsweise gestützt (vgl. Wainwright

²¹ «Alternativen zu Austeritätspolitik und Bankenrettung.» 6-Punkte-Programm von SYRIZA und DIE LINKE, unter: www.linksfraktion.de/positionspapiere/alternativen-austeritaetspolitik-bankenrettung. ²² Vgl. www.europa-neu-begruenden.de.

2012). Massenproteste sind an der Tagesordnung. Was noch funktioniert, sind die repressiven Staatsapparate. Die zivilgesellschaftlichen «Schützengräben» sind bis hin zu den Zeitungen dominiert von der Kritik an der Unterwerfung unter die imperiale Politik der Troika, an der Unfähigkeit der eigenen Regierungen, an der himmelschreienden Korruption. Doch obwohl das gesellschaftliche Leben weitgehend auf Selbstorganisation zurückgeworfen ist und die Straßen immer wieder erobert werden, betreiben die herrschenden Gruppen ungerührt ihre Politik der perspektivlosen Kürzungen. Die «Ströme» zivilgesellschaftlicher Organisation erreichen die «soliden Institutionen» der Herrschaft nicht (Porcaro 2013). Die Welt zu verändern, ohne die Macht zu ergreifen, scheitert an diesem Punkt. Der reine Bewegungstypus der Mobilisierung, das «voranschreitende Wachsen der Selbstorganisation der populären Subjekte» (ebd.) genügt nicht mehr. Nun steht die Arbeit der Verdichtung an.

Die Bewegungen des 15. Mai in Spanien oder der Besetzung des Syntagma-Platzes haben ein plurales Subjekt geschaffen. Nach der Räumung der besetzten Plätze hat sich die Organisation in die Viertel und in vielfältige Bereiche gestreut, ohne zu zerstreuen. Die molekulare Organisation erfasste breite Teile der Bevölkerung, sodass die Bewegung längst zu einer gesellschaftlichen Mobilisierung geworden ist (Juberías u. a. 2012). Die organischen Kooperationen lassen eine Trennung der unterschiedlichen Gruppierungen kaum noch sinnvoll erscheinen: In Spanien führte das *Movimiento 15-M* zur strategischen Reorientierung der Gewerkschaften, die Gewerkschaften sind die Basis der Kampagnen

gegen Zwangsräumungen, die Bewegungsaktivisten organisieren Streiks mit und treten bei Kommunalwahlen für die *Izquierda Unida* (Vereinigte Linke) an, alle gemeinsam sind sie auf der Straße. Die spektakulärsten Aktionen richten sich gegen Banken, die zum Teil gestürmt und besetzt werden. Das größte Aufsehen erreichen dabei die *¡aioflautas!*,²³ die 80-jährigen «Kinder der Bewegung 15. Mai», die zuletzt gegen die Franco-Diktatur gekämpft haben und nun wieder für ihre Enkel auf die Straße gehen und ihren Erfahrungsschatz in die Bewegung einbringen.

Erhebliche Verdichtungsleistungen wurden bereits erbracht. Spaltungen gibt es viele, sie spielen aber keine so große Rolle mehr.²⁴ Die *Izquierda Unida*, die Gewerkschaften und die Bewegung 15. Mai stehen in einem oft produktiven Spannungsverhältnis und kooperieren vielfach. Immer mehr Menschen engagieren sich, die *Izquierda Unida* liegt in Umfragen bei 15 Prozent. Die verschiedenen Protestwellen im Gesundheits- oder Bildungsbereich, gegen Zwangsräumungen oder für freie Medien sind hochgradig koordiniert und miteinander verbunden, genauso wie die Massendemonstrationen und Generalstreiks. Schließlich startete eine «relativ enggestrickte» kleine Gruppe (alter linker Aktivistinnen und Aktivisten) eine Initiative zur Besetzung des Parlaments. In den

²³ Vgl. <http://publik.verdi.de/2012/ausgabe-05/spezial/jugend/seiten-20-21/A0>. ²⁴ Eine Problematik sind die ebenfalls an Stärke gewinnenden regionalistischen und separatistischen Parteien in Spanien. Bewegungen wie das *Movimiento 15M*, *PAH* (Plattform der von Zwangsraumung Betroffenen) oder auch die *Izquierda Unida* (Vereinigte Linke) bemühen sich, Verbindungen zu knüpfen und Kooperationen einzugehen sowie die Frage der Autonomie in einem neuen verfassungsgebenden Prozess zentral zu berücksichtigen und zugleich die übergreifenden Interessen, gewissermaßen eine Klassenperspektive, zu betonen – gegen die neoliberale Politik insgesamt.

15M-Gruppen wurde viel darüber diskutiert: Angesichts der Kräfteverhältnisse und um möglichst vielen die Teilnahme zu ermöglichen und eine Spaltung zu vermeiden, entschied man gemeinsam, am 25. September und dann regelmäßig das Parlament zu umzingeln, um ein Zentrum der Macht in den Fokus zu nehmen. Infolgedessen schirmt sich das spanische Parlament durch polizeiliche Maßnahmen weiter von der Bevölkerung ab. In Griechenland symbolisiert Syriza einen solchen Verdichtungspunkt, der die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Selbstorganisation und des Protests in die Perspektive der Machtergreifung übersetzt.

3.3 STRATEGISCHE UNTERBRECHUNG

Die oben beschriebenen gesellschaftlichen Mobilisierungen sind nicht nur gegen die Troika und die nationalen Regierungen gerichtet, sondern explizit auch gegen die überkommenen Institutionen der repräsentativen Demokratie und kapitalistischen Herrschaft. Als konstituierende Macht zielen sie auf eine andere, auf eine neue Form konstituierter Macht. Dieser Gedanke bleibt bislang noch zu sehr im «kumulativen» Wachsen des Anderen von unten stecken. Erneut bedarf es einer Verdichtung mit Blick auf die Hauptquartiere der Herrschaft. Dabei geht es nicht um diese oder jene Forderung – etwa nach Ende der Zwangsraumungen, einem Schuldenerlass oder der Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung –, auch wenn jede der erhobenen Forderungen unerlässlich ist. Mit Blick auf die Kämpfe in Spanien und Griechenland und auf die notwendige Europäisierung des Protests, etwa

anlässlich des AlterSummit im Juni 2013 in Athen, gilt es vielmehr, die Forderungen und Kämpfe zusammenzuführen und einen Prozess zu beginnen, in dem die Neugründung Europas von unten auf die Tagesordnung gerückt wird. Einfach nur neue Forderungen aufzustellen würde bedeuten, sich weiterhin vorrangig an staatliche Institutionen und politisch Herrschende zu richten, die längst nicht mehr zuhören. Aber selbst wenn sie es täten, vertrauen wir ihnen nicht (mehr).

In Spanien diskutiert die Bewegung des 15. Mai in ihrem neuen Manifest,²⁵ wie ein Prozess einer verfassungsgebenden Versammlung von unten in Gang zu bringen ist. Unterstützt wird sie dabei auch von zahlreichen anderen Initiativen, den Gewerkschaften und der Vereinigten Linken. Der doppelte Prozess einer verfassungsgebenden Versammlung und eines Schulden-Audits könnte eine maximale zivilgesellschaftliche Partizipation ermöglichen. Und er könnte dies mit den neuen Bewegungen für reale Demokratie und entsprechenden politischen Formen (räteartigen Strukturen) der horizontalen und diagonalen Beratung und Organisation verknüpfen auf der Ebene der Stadtviertel, Kommunen und Regionen, aber auch auf der nationalen und europäischen Ebene. Er kann begonnen werden ohne ein Mandat der gegebenen Institutionen. Und er könnte anders als richtige, aber nicht durchsetzbare Forderungen eine größere Wirkung entfalten, weil es ums Ganze geht und alle Menschen sich potenziell beteiligen können.

Das Schulden-Audit zielt darauf ab, die Illegitimität des herrschenden Finanzkapitalismus herauszustellen, indem gefragt wird: Muss der Schuldendienst an jene,

²⁵ Vgl. www.cronicapopular.es/2013/02/manifiesto-15m-la-via-para-el-cambio-social.

eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen überhaupt geleistet werden? Sind diese Schulden nicht zu großen Teilen illegitim, also unrechtmäßig? Welche Schulden sollten zurückgezahlt werden und vor allem welche nicht? Darüber wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten. Es könnte ein Schuldentribunal abgehalten werden, ähnlich wie 2007 in Ecuador (vgl. Candeias 2011). Vor allem aber ein auf breite Partizipation angelegter und diagonal verknüpfter verfassungsgebender Prozess von unten (wie aktuell in Chile und mit Abstrichen in Ecuador, Bolivien und Venezuela) würde auf die existierende Konstitution der Herrschaft in Europa abzielen, auf deren «Hauptquartiere». Und er verbände vielfältige Positionen der Bewegungen beziehungsweise eines linken Mosaiks mit Blick auf eine gemeinsame Alternative, für eine Neugründung Europas von unten. Beide miteinander verknüpften Prozesse könnten Verdichtungspunkte sein, die die Mobilisierung gegen die Hauptquartiere mit ihrer grundsätzlichen Umgestaltung verbinden. Zugleich sind sie – mit Walter Benjamin gesprochen – eine Art Notbremse, eine Unterbrechung der Kürzungsmaschine als fortlaufende Katastrophe: nicht weiter mit diesem Herrschaftsprojekt Europa. Arabellion sowie das Movimiento M15 und Occupy waren erste solche Unterbrechungen. Sie sind weiterzutreiben, im Sinne der Verbindung von Widerstand und einer Politik von unten, die Zeit einklagt und sich diese nimmt für eine wirkliche Neugründung Europas. Ohne eine grundlegende Infragestellung und Schaffung neuer Institutionen bliebe auch eine von Syriza angeführte Regierung in Griechenland chancenlos. Die Asymmetrien der Macht in Europa sind

ungeheuer. Ohne den Sturz der neoliberalen Regierungen wiederum droht das Potenzial eines verfassungsgebenden Prozesses oder von Schulden-Audits zu verpuffen. Ob die Machtergreifung durch eine Partei neuen Typs wie in Griechenland oder eine Frente Civico (eine «zivilgesellschaftliche Bürgervereinigung», die keine Regierungsmacht anstrebt), wie sie in Spanien diskutiert wird, sinnvoller wäre, kann sich nur in der Praxis zeigen. Nötig ist: das eine tun und das andere nicht lassen. Bruch und Neugründung sind nicht als Gegensätze zu betrachten (Husson 2012: 30), sie verweisen aufeinander. Im Grundsatzprogramm der LINKEN ist hierzu ausgeführt: «Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Wir setzen uns deshalb weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allem EU-Mitgliedsstaaten in einem Referendum abstimmen können. Wir wollen nicht weniger als einen grundlegenden Politikwechsel.»

3.4 MEHRHEITEN GEWINNEN IM HERZEN DER BESTIE?

Was bedeutet dies alles für linke Politik in der Bundesrepublik? Angesichts der herausragenden politischen und ökonomischen Macht Deutschlands und seiner Rolle als bedeutender Verursacher und zugleich Profiteur der Eurokrise, angesichts eines gut funktionierenden Krisenkorporatismus, der einen großen Teil der Bevölkerung einbindet, und angesichts der Angst vor «griechischen Zuständen» ist mit der Krise kaum Politik zu machen.

Die Perspektive einer Neugründung Europas oder gar eines verfassunggebenden Prozesses, die in Südeuropa auf einer realen Grundlage beruht, ist in Deutschland kaum zu vermitteln.

Die klare Ablehnung des neoliberalen Krisenmanagements hingegen war medial durchaus erfolgreich und wurde an der Wählerbasis der LINKEN überwiegend positiv aufgenommen. Besonders wichtig war dabei, immer wieder die Betonung der Ursachen der Krise mit einer Perspektive der Solidarität mit den Krisenopfern und -ländern zu verbinden und damit einen Klassenstandpunkt deutlich zu machen, statt sich durch eine nationalistische Deutung – wie zum Beispiel, dass die Konfrontation zwischen Krisenländern und den «deutschen Steuerzahlern» verlaufe – spalten zu lassen.

Gefordert wird immer wieder, DIE LINKE dürfe sich nicht nur auf ein «Dagegen» beschränken. Es gilt daher, die vielen nach vorn gerichteten Vorschläge zur Bearbeitung der Eurokrise und zur sozialen Gestaltung Europas deutlicher als Elemente eines solidarischen Prozesses der Neukonstitution Europas zu vertreten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung versucht mit Analysen und Studien wie denen von Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas [im Erscheinen] oder diesem Papier entsprechende Diskussionen zu fördern. Dennoch weist zum Beispiel Axel Troost darauf hin, dass mit dem Thema Eurokrise nur schwierig Wahlkampf zu machen ist.²⁶ Die Positionen der LINKEN sollten daher weniger von der «großen Krise» als vielmehr vom Alltag der Subjekte ausgehend entwickelt werden. Dies schließt notwendige Analysen und Vorschläge zur wirksamen Überwindung der Krise nicht aus, beschreibt nur eine andere Herangehensweise.

Hinzutreten könnten neue originelle Positionen, die stärker an den unmittelbaren Interessen der Bevölkerung anknüpfen und diese «europäisch wenden», zum Beispiel eine europäische Arbeitslosenversicherung, wie sie bereits in der (europäischen) Linken diskutiert wird, oder Ähnliches. Diese Positionierungen dürfen aber nicht abstrakt bleiben: Was habe ich als Krankenschwester in Deutschland von einer europäischen Arbeitslosenversicherung? Solche Fragen müssen in den Vordergrund rücken. Auch an die Erfahrung eines ersten erfolgreichen europäischen Bürgerbegehrens unter dem Motto «Wasser ist ein Menschenrecht!», welches sich gegen weitere Privatisierungen kommunaler Unternehmen und Dienstleistungen richtete, lässt sich anknüpfen.

Eine weitere Möglichkeit wäre die gemeinsame Forderung von Linksparteien und sozialen Bewegungen in den Krisenländern nach einem Schulden-Audit auf nationaler wie europäischer Ebene stärker mit Forderungen zu verknüpfen, die der spezifischen Situation in der Bundesrepublik entsprechen. Ein wichtiges Thema wäre die «Schuldenbremse». Nicht zuletzt bedroht sie die ohnehin schon recht prekäre Finanzlage der Kommunen ganz unmittelbar (Reiner 2010). Die Einschränkung von öffentlichen Leistungen bekommt die Bevölkerung direkt zu spüren. Zahlreiche Auseinandersetzungen um die soziale Infrastruktur, von der Ausstattung der Schulen über ausreichende Kindergartenplätze, den öffentlichen Nahverkehr, die Rekommunalisierung von Wasserwerken und Energieversorgern bis hin zu Kämpfen um bezahlbaren Wohnraum, spielen sich auf kommunaler

²⁶ Strategieggespräch mit den Parteivorsitzenden der LINKEN am 7.2.2012.

Ebene ab. Hier ist die Krise am deutlichsten zu spüren.

Die Thematisierung der Eurokrise als zentrales Feld gegenwärtiger Entwicklung verhindert – angesichts ihrer (vermeintlichen) Komplexität und Ferne von Alltagsproblemen der Menschen – eher eine wirksame Politisierung im Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen. Wie wollen wir leben? Wie geht es morgen weiter? Welche Arbeit muss getan werden, damit alle zur Arbeit kommen? Und wie kann die Gesellschaft insgesamt erhalten, erweitert und entwickelt werden? Die Widersprüche zwischen der Reproduktion des Kapitals und Ansprüchen an ein gutes Leben, Erholung, Muße und Teilhabe haben sich zugespitzt: Mehr Frauen sind erwerbstätig, Familienmodelle sind in Bewegung geraten. Zugleich wird die Arbeit intensiviert, sind Lebens- und Arbeitsverhältnisse prekär geworden, Löhne gesunken, Arbeitszeiten überlang und unberechenbar. Wer sorgt für sich und andere? Öffentliche Institutionen werden ausgehungert. Die Frage nach einer gerechteren Organisation und Verteilung reproduktiver Arbeit, eine Kernforderung des Feminismus, ist in Neoliberalismus und Krise verschoben: Lassen sich Menschen – Frauen – finden, die die Reproduktion für wenig Geld erledigen? Neue Spaltungen ziehen sich um den Globus. Unsere «imperiale Lebensweise» zerstört Lebensbedingungen andernorts, überschreitet ökologische Grenzen.

Kämpfe um Lebensweisen treten wieder verstärkt in den Vordergrund.²⁷ Sie waren immer präsent, aber oft überschattet von (klassischen) Arbeitskämpfen – obwohl diese Gegenüberstellung schon falsch ist: Produktions- und Lebensweisen hängen aufs Engste zusammen. Das eine bedingt das andere. Die Einzelnen müssen die da-

mit verbundenen Widersprüche alltäglich austragen und abwägen, Entscheidungen treffen, um Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Viele setzen sich dabei für Veränderungen ein, etwa im Bereich der Kinderbetreuung, der Bildung, der Gesundheit, der Ernährung, des Wohnens, oder kämpfen um mehr Zeit oder Freiräume. Der Blick auf Veränderungen von Lebensweisen, Lebensführungen, Arbeit und Reproduktion ermöglicht es, diese individuellen und kollektiven Kämpfe als zusammenhängende und gemeinsame zu denken. Zugleich wird es dann auch möglich, Widersprüche zu bestimmen, auch linker Ansätze, das heißt, die Bedingungen zu schaffen, um Spaltungen zu verhindern, das Gemeinsame zu produzieren und gerechte Übergänge zu denken. Ein Beispiel für eine europaweit verbindende Perspektive unterschiedlicher Kämpfe um soziale Grundbedürfnisse wäre die Arbeit an einer Forderung für eine entgeltfreie soziale Infrastruktur für alle, eine bedingungslose sozial-ökologische Grundversorgung in den Bereichen Energie, Wasser, Mobilität, Internet etc. sowie kostenlose Gesundheit und Bildung. Dies könnte ein weites Feld eröffnen, auf dem linke Politik wirksam anknüpfen kann.

Linke gehen oft und gern von «objektiven» Gegebenheiten und Entwicklungen aus. Es gibt gute Gründe, Politik von den Lebensperspektiven und Handlungsstrategien der Individuen selbst her zu denken.

Mario Candeias ist Referent für Kapitalismuskritik und Gesellschaftsanalyse und stellvertretender Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

²⁷ Vgl. hierzu die Zeitschrift *LuXemburg* 3/2012 und 4/2012.

LITERATUR

Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit

(1993): Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung, Münster.

Anderson, Perry (2012): Deutsche Hegemonie und «Blaue Blume der Demokratie», in: LuXemburg 2/2012, S. 12–19.

Bierbaum, Heinz (2013): Krisenkorporatismus, in: LuXemburg 1/2013, S. 6–13.

Brangsch, Lutz (2013): Interessenlagen der deutschen Eliten in Bezug auf die EU und den Euro [im Erscheinen].

Busch, Klaus (1996): Nicht reif für eine gemeinsame Währung, in: Schuster, Joachim/Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.): Maastricht neu verhandeln, Köln, S. 56–75.

Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Berlin/Hamburg.

Candeias, Mario (2008): Finanzkrise und neuer Staatsinterventionismus, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 24/2008, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/standpunkte_0824.pdf.

Candeias, Mario (2009): Die letzte Konjunktur. Organische Krise und «post-neoliberale» Tendenzen, in: ders. (Hrsg.): Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, erw. Neuauflage, Berlin/Hamburg, S. 7–22.

Candeias, Mario (2010a): Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 14/2010, Berlin, unter: www.rosalux.de/publication/36569/ein-fragwuerdiger-weltmeister-deutschland-exportiert-arbeitslosigkeit.html.

Candeias, Mario (2010b): Interregnum – Molekulare Verdichtung und organische Krise, in: Demirović, Alex u. a. (Hrsg.): Vielfachkrise. Im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 45–62.

Candeias, Mario (2010c): Griechenland entschulden!, in: mehring1-blog v. 6.5.2010, unter: <http://ifg.rosalux.de/2010/05/06/griechenland-entschulden>.

Candeias, Mario (2011): Schuldenkrise politisieren, in: ders. (Hrsg.): Occupy – Zeitung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 10, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/RZ_OCCUPY_Dez2011.pdf.

Dellheim, Judith/Wolf, Frieder Otto (2013): Neoliberale Modernisierung, um globale Konkurrenzfähigkeit und weltweite Einflussnahme zu sichern – das Beispiel: «Pakt für die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie» (Gallois-Bericht), Arbeitsmaterial für die Konferenz linker Parlamentarier und Experten in Paris am 23.5.2013 [im Erscheinen].

Dellheim, Judith/Zimmer, Gabi (2013): Offene Fragen zu Europa, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 4/2013, Berlin, unter: www.rosalux.de/publication/39387/offene-fragen-zu-europa.html.

De Masi, Fabio/Krämer, Ralf (2012): Der Traum ist aus – Linke und Europäische Union, in: LuXemburg 2/2012, S. 46–51.

DGB [Deutscher Gewerkschaftsbund] (2012): Marshallplan für Europa, Frankfurt a. M., unter: www.dgb.de/repository/storage/64e1dc32-4081-11e2-9bfe-00188b4dc422/file/ein-Marshallplan-fuer-europa.pdf.

DIE LINKE (2013): Entwurf des Wahlprogramms zur Bundestagswahl: 100 Prozent sozial, unter: www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/Leitantrag-Wahlprogramm.pdf.

Flassbeck, Heiner (2012a): Der Euro – Nur ein Wunder kann ihn noch retten, in: Tageswoche v. 1.6.2012, unter: www.flassbeck.de/pdf/2012/juli2012/DerEuro.pdf.

Flassbeck, Heiner (2012b): Trennt euch!, in: Wirtschaft & Markt, September 2012, unter: www.flassbeck.de/pdf/2012/August2012/Trennteuch.pdf.

Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte, 10 Bde., herausgegeben von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, Berlin/Hamburg.

Hayek, Friedrich August von (1980): Recht, Gesetzgebung, Freiheit. Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen, Landsberg am Lech.

Händel, Thomas/Puskarev, Frank (2012a): Europa – ein linkes Projekt?, in: LuXemburg 2/2012, S. 40–45.

Händel, Thomas/Puskarev, Frank (2012b): Solidarität statt Konkurrenz. Überlegungen zu ganzheitlichen europäischen Modellen politischer und wirtschaftlicher Steuerung, in: Sozialismus 11/2012, unter: www.thomas-haendel.eu/de/article/8143.solidaritaet-statt-konkurrenz.html.

Hersel, Philipp/Troost, Axel (2009): Keynes global – Neuordnung der Finanzmärkte. Die Idee einer International Clearing Union, in: Candeias, Mario/Rilling, Rainer (Hrsg.): Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat, Berlin, S. 119–129, unter: www.rosalux.de/publication/28446/krise-neues-vom-finanzkapitalismus-und-seinem-staat.html.

Hersel, Philipp/Troost, Axel (2012): How a Socialisation of the German Banking System Might Look Like, Vortrag beim Left Forum, New York, 17.3.2012, unter: <http://left-dialogue.blog.rosalux.de/files/2012/08/Hersel-Troost-LINKE-How-a-socialisation-of-the-banks-might-look.pdf>.

Husson, Michel (2012): Zur Wiederbegründung Europas, in: LuXemburg 2/2012, S. 28–32, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2250.

IfG [Institut für Gesellschaftsanalyse] (2009): Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe kontrovers 1/09, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers_01_09.pdf.

IfG [Institut für Gesellschaftsanalyse] (2011): Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf.

Juberías, Luis u. a. (2012): Zwei Jahre Mobilisierungen. Perspektiven eines demokratischen Bruchs in Spanien, in: LuXemburg 3/2011, S. 126–131.

Lapavitsas, Costas (2011): Breaking Up? A Route Out of the Eurozone Crisis, London, unter: www.researchonmoneyandfinance.org/wp-content/uploads/2011/II/Eurozone-Crisis-RMF-Report-3-Breaking-Up.pdf.

Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke [MEW], Bd. 8, Berlin 1982.

Milios, John/Sotiropoulos, Dimitris P. (2010): Crisis of Greece or Crisis of the Euro? A View from the European «Peri-

phery), in: Journal of Balkan and Near Eastern Studies 12/2010, S. 223–240, unter: http://users.ntua.gr/jmilios/Milios_Sotiropoulos_Crisis_Euro.pdf.

Onaran, Özlem (2011): An Internationalist Transnational Program Towards an Anti-Capitalist Europe. A Reply to Costas Lapavistas, in: International Viewpoint, Nr. IV, April 2011, unter: <http://internationalviewpoint.org/spip.php?article2096>.

Payandeh, Mehrdad (2013): Der Krise entgegengetreten: Europa neu aufbauen (Interview), in: Luxemburg 1/2013, S. 48–51.

Porcaro, Mimmo (2013): Occupy Lenin, in: LuXemburg 1/2013, S. 132–139.

Reiner, Sabine (2010): Städte und Gemeinden in Not, in: LuXemburg 4/2010, S. 78–83.

Röpke, Wilhelm (1958): Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach.

Sotiris, Panagiotis (2012): Griechenland und die dunkle Seite der Europäischen Integration, in: LuXemburg 2/2012, S. 20–27.

Troost, Axel (2012): Abspringen oder die Weichen umstellen? Das Für und Wider eines Ausstiegs aus dem Euro. Kommentar zu Flassbeck, unter: www.die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/artikel/abspringen-oder-die-weichen-umstellen-das-fuer-und-wider-eines-ausstiegs-aus-dem-euro/.

Troost, Axel/Hersel, Philipp (2012): Die Euro-Krise als Zäsur: Eine neue Finanz-, Geld-, und Wirtschaftspolitik in Europa, in: LuXemburg online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2082.

Troost, Axel/Paus, Lisa (2011): Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0, Schriftenreihe Denkanstöße des Instituts Solidarische Moderne Nr. 13, Berlin.

Troost, Axel/Wagenknecht, Sahra (2013): Die LINKE und die Krise in Griechenland, unter: www.linksfraktion.de/im-wortlaut/linke-krise-griechenland.

Wagenknecht, Sahra (2012): Sozialunion statt Bankenunion, Pressemitteilung v. 12.12.2012, unter: www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/sozialunion-statt-bankenunion/

Wahl, Asbjørn (2012): Verteidigung der europäischen Wohlfahrtsstaaten? Strategien für Bewegungen, Gewerkschaften und linke Parteien, in: LuXemburg 2/2012, S. 84–95.

Wahl, Peter (2012): Das Elend der Euro-Bankenunion, in: Wirtschaft & Entwicklung 2/2012, S. 2–3.

Wahl, Peter (2013): Finanztransaktionssteuer: EU verschärft Maßnahmen gegen Steuerumgehung, unter: www.weed-online.org/themen/6626322.html.

Wainwright, Hilary (2012): Griechenland: Syriza weckt Hoffnungen, in: LuXemburg 3/2012, S. 118–125.

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



LUXEMBURG ARGUMENTE

IST DIE GANZE WELT BALD PLEITE?

Staatsverschuldung: Was sie ist und wie sie funktioniert

luxemburg argumente Nr. 1

4., überarbeitete und aktualisierte Fassung, September 2012

Von Stephan Kaufmann und Ingo Stützle

ISSN 2193-5831

Download unter: www.rosalux.de/publication/37900

VON WEGEN CASINO

Populäre Irrtümer über Banken, Börse und Kredit

luxemburg argumente Nr. 5, März 2013

Autorenkollektiv

ISSN 2193-5831

Download unter: www.rosalux.de/publication/39098

luxemburg argumente können bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellt werden.
Kontakt: Karin Malingriaux, malingriaux@rosalux.de

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



ANALYSEN

FINANZDOMINIERTE AKKUMULATION UND DIE KRISE IN EUROPA

Von Alex Demirović und Thomas Sablowski

Reihe Analysen, Juni 2012

ISSN 2194-2951

Download unter: www.rosalux.de/publication/38387

GERHARD SCHRÖDERS AGENDA 2010

Zehn Jahre unsoziale Politik

Von Christoph Butterwege

Reihe Analysen, April 2013

ISSN 2194-2951

Download unter: www.rosalux.de/publication/39386

Die Analysen können bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellt werden.

Kontakt: Karin Malingriaux, malingriaux@rosalux.de

IMPRESSUM

ANALYSEN wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Sabine Nuss
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, www.rosalux.de
ISSN 2194-2951
Layout/Herstellung: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gedruckt auf: Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Berlin, Mai 2013

«Es gilt, die vielen nach vorn gerichteten Vorschläge zur Bearbeitung der Eurokrise und zur sozialen Gestaltung Europas deutlicher als Elemente eines solidarischen Prozesses der Neukonstitution Europas zu vertreten.»

MARIO CANDEIAS

